

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 "M. — Durch die Post bezogen 2.—M. ohne Bestellgeld. Telefon Samml.-nummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die Ugeblatt, Kolonellselle 35 Pf., bei Platzverdrängung 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonellselle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10gep. Kolonellselle mit 50% Nachsch. Reklameselle 2 M. Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonellselle 40 Pf. bei Platzverdrängung 50 Pf., Reklameselle 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Der Kampf aller gegen alle

Thälmann von Moskau rehabilitiert — Vor einer großen Säuberungsaktion

### Die Partei der Korruption

Die rote Fahne veröffentlicht die Resolution, die das Moskauer Exekutivkomitee der 3. Internationale zu dem Fall Thälmann gefasst hat. In der Resolution wird gebilligt, daß das Zentralkomitee der deutschen kommunistischen Partei den Hamburger Kommunistenführer Witorf wegen der Unterschlagung von Parteigeldebern aus der Partei ausschloß. Thälmann erhält einen Tadel dafür, daß er von der Unterschlagung das Zentralkomitee nicht sofort in Kenntnis setzte. Eine weit schwerere Rüge müßte doch das Zentralkomitee einstecken, weil es die Resolution über die Verurteilung Thälmanns veröffentlichte, und zwar in einer für die Partei schmerzhaften Situation. Ein derartiger großer Fehler, so heißt es in der Resolution des ERK, war nur dadurch möglich, daß die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees sich in unüberlegter Weise irtümlich von den politischen Gegnern innerhalb des Zentralkomitees.

Dem Zentralkomitee wird vorgeschlagen, Maßnahmen zu treffen, um alle fraktionellen Gruppierungen in der Partei zu liquidieren, gewisse Änderungen in der Zusammensetzung der leitenden Organe des Zentralkomitees (Politisches Bureau, Sekretariat, Redaktion der roten Fahne), vorzunehmen. Schließlich spricht die Resolution Thälmann das volle politische Vertrauen aus und verurteilt den Beschluß des Moskauer Exekutivkomitees, daß er auch weiterhin verpflichtet ist, alle Funktionen in der Partei und im ERK zu erfüllen.

### Ein in die Kartoffeln — raus aus den Kartoffeln

„Die kommunistische Partei hat eindeutig den Beweis geliefert, daß sie gegen die seltenen Korruptionsfälle in ihren Reihen mit rücksichtsloser proletarischer Schärfe vorzugehen versteht.“

So schrieb bereits die rote Fahne, und das Zentralkomitee der deutschen Kommunisten beschloß dementsprechend, den Hamburger Korruptionsfall mit eisernen Häkchen auszuraumen. Witorf wurde ausgeschlossen, drei Mitschuldige aus ihren Ämtern gejagt und Teddy Thälmann, Stefans Sorgenkind, wurde von der Zentrale einstimmig — wie von der roten Fahne besonders hervorgehoben wurde — seiner Funktion entsetzt. Die gesamte kommunistische Presse schrieb darüber in Töne der Begeisterung: Die KPD macht auch vor Thälmann nicht halt, wenn er die Methoden der Korruption verhüllt.

Inzwischen haben 25 Mitglieder der Zentrale ihr „Vater, vergib mir“ abgelegt. Sie haben vor aller Öffentlichkeit bekennen müssen, daß die Absetzung Thälmanns ein „Fehler“ war, und daß die Zentrale demzufolge zwar die Korruption Thälmanns anerkannte, aber gegen ihn nicht vorgehen durfte. Damit hat sich die rote Fahne und mit ihr die Zentrale Ohrfeigen links und rechts verjagt. Sie hat festgestellt, daß zwar Korruption vorhanden ist, aber daß gegen die „korruptierten Elemente“ nicht vorgegangen werden darf.

Das ist die Partei, die andere der Korruption bezichtigt, die hinter jedem Beschluß einer Streikversammlung „korruptive Einwirkungen“ festzustellen strebt. Wir haben während der letzten Wochen an Dutzenden von Fällen dargelegt, wo die Korruption zu Hause ist und wie dort die „korruptierten Elemente“ zielbewußt

gejagt und selbst gefördert werden. Der Volkswille, das Organ der Ultralinken, hat sich der Aufgabe unterzogen, die in letzter Zeit bekanntgewordenen Korruptionsfälle zusammenzustellen. Er verweist auf das oben wiedergegebene Zitat aus der roten Fahne und stellt demgegenüber nunmehr das Folgende fest:

1. Der Parteivorstand ist der Teilhaberschaft an unterschlagenen Parteigeldebern überführt. Außerdem hat er einen notorischen Betruganten in seiner Funktion belassen.

Thälmann bleibt. Die Korruptionsfahne muß seine Schweineereien bemänteln.

2. In Hamburg sind Thälmanns Freunde Rich, Maddalena, Scheer und Andree der Korruption überführt.

Sie bleiben der Partei und ihren höchsten Funktionen erhalten.

3. Seit einem halben Jahr sind gegen den „KPD-Kommissar“ im Gau Halle-Merseburg von uns konkrete Beschuldigungen erhoben. Dieser Mensch ist wegen Korruption aus der SPD ausgeschlossen.

Ja ja ist nach wie vor in Amt und Würden der KPD.

4. Vor Monatsfrist waren wir genötigt, eine Fierde der WZ, Mittelrhein der KPD, den Stadtuordneten und Redakteur Stahl unseren Lesern vorzustellen. Stahl ist von dem eigenen Pol.-Sekretär Winterich der Korruption bezichtigt.

Stahl bleibt trotzdem führender Funktionär der Partei.

5. Der KPD-Sekretär Hasse, Fraktionsfreund Thälmanns, unterschlug in Kassel Parteigeldeber. Zur Belohnung wurde er nach Lübeck berufen.

Er ist ebenfalls nicht aus der KPD ausgeschlossen.

6. Der „Volkswille“ hat den Beweis für die Korruptiertheit des Pol. Leiters des 5. Berliner Bezirkes, des KPD-Bandingsabgeordneten Woelbers erbracht. Er ist beschuldigt, indirekter Teilhaber und Mitwisser von Unterschlagungen von Partei- und Notehilfe-Geldern zu sein.

Woelbers gehört nach wie vor als führender Funktionär der KPD an.

7. Ebenso haben wir schwere Anklagen gegen den Pol. Sekretär der KPD Badens, das Reichstagsmitglied Schreck, erhoben, der der Unterschlagung bzw. Mitwisserchaft an verheimlichten Unterschlagungen beschuldigt wurde.

Schreck tritt weiterhin im Namen der KPD auf.

Der Volkswille bemerkt dazu, daß diese Liste bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben könne. Die kommunistische Presse freilich versucht gar nicht erst, diese Tatbestände abzustreiten. Ihre Hauptaufgabe besteht gegenwärtig in der wichtigen Funktion, auf dem Wege über das Volksbegehren die Sozialdemokratie zu zerstören und zu entlarven. Daß sie damit in schreiendem Widerspruch zu den Feststellungen steht, die von ihrer eigenen Zentrale einstimmig gemacht worden sind, sei nur am Rande kurz bemerkt. Jetzt haben dieselben Wähler, die dementsprechend den Beschluß der Zentrale zitterten, den erbarmungswürdigen Lesern das Gegenteil zu beweisen. So will es Moskau, so will es Stalin, der bolschewistische Selbstherrscher aller Reußen.

Kein Wunder, daß bei alledem, trotz ihrer Geschwätzigkeit, die Sächsischen Arbeiter-Zeitung — mit ihr außer der roten Fahne die gesamte kommunistische Presse — völlig vergessen hat, über die seit Wochen mit großen Tönen angeklagte Aktion über das Volksbegehren gegen die Sozialdemokratische Partei ihren Lesern zu berichten. Wir haben uns logischerweise dieser Aufgabe unterzogen, und glauben uns damit auch die Zustimmung der kommunistischen Arbeiter gesichert zu haben.

## Zur Reichsbannertagung in Hannover

Von einem Teilnehmer der Bundesgeneralversammlung werden uns die folgenden Randbemerkungen mitgeteilt:

Der Verlauf der zweiten Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners in Hannover verdient ein Nachwort, denn die Verhandlungsberichte darüber in der Tagespresse geben kein richtiges Bild von den Vorgängen, die insbesondere den sozialdemokratischen Politiker interessieren müssen. Der erste Vorsitzende des Bundes, der viel mehr eine Führerrolle zu spielen hat, als das in jeder anderen Organisation der Fall ist, betont immer und immer wieder, im Reichsbanner dürfe keine Politik bzw. keine Parteipolitik getrieben werden. Das ist ein durchaus richtiger Standpunkt, das Reichsbanner soll kein Ersatz für die Parteien sein, die in ihm zusammenarbeiten müssen. Denn in der Politik unterscheiden sich diese Parteien in allen wichtigen Fragen sehr stark, ihre Ansichten über Ziele der Parteien sind grundsätzlich verschieden. Das wirkt sich mehr oder weniger auch in der praktischen Tagespolitik aus.

Der richtige Standpunkt des Vorsitzenden Hörsting wird aber von ihm selbst nicht befolgt, und jede organisatorische Veranstaltung (Bundes- oder Gauversammlung) zeigt, daß im Reichsbanner doch Politik getrieben, daß besonders zu wichtigen schwebenden politischen Fragen Stellung genommen wird. Und da gerade in wichtigen Fragen Politik von Parteipolitik unmöglich zu trennen ist, so muß jede solche Erörterung in die Anschauungen der Parteien eingreifen. Diese Methode muß früher oder später, in dem oder jenem Falle zu Komplikationen innerhalb des Reichsbanners führen. Deshalb ist besonders von Sachen aus wiederholt dringend gewarnt worden, daß sich das Reichsbanner in Dinge mische, die den politischen Parteien zur Beratung und Entscheidung zustehen.

Wie Hannover zeigt, können es Hörsting und mit ihm andere Prominente des Reichsbanners aber nicht lassen. Hörsting selbst tut es obendrein noch in einer Weise, die nicht immer kameradschaftlich und sachlich genannt werden kann. Er fangt seine Kritiker in einer Weise ab, die lebhaft an Kafertentum erinnert. In Hannover setzte die Kritik gegen ihn in bisher ungewohntem Maße ein, und es scheint, als ob man die Politik der Bannerleitung auch in Kreisen als unzuverlässig empfindet, die bisher die Dinge ruhig laufen ließen. Auffällig war, daß in bestimmten Fragen auch von demokratischer Seite gegen Hörsting polemisiert worden ist, und zwar mit Argumenten, die von sozialdemokratischer Seite vorgebracht und unterstützt worden sind.

Die im Rahmen des Reichsbanners von Hörsting getriebene und leider von der Mehrheit jetzt noch unterstützte Politik kann man auf die Formel bringen: Koalitionspolitik unter dem Reich unter allen Umständen! Zur Zeit steht diesem Standpunkt der Panzerkreuzerfall nun recht unangenehm im Wege. Hörsting tat ihn mit der geschmackvollen Bemerkung ab, der Panzerkreuzer sei „bis zum Kragen angefeuert“. Man solle nicht mehr davon sprechen. Mit erfreulicher Deutlichkeit wurde dieser Auffassung nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch von demokratischer Seite widersprochen. Ein Demokrat aus Baden erklärte z. B., daß der Panzerkreuzer unter allen Umständen abgelehnt werden müsse. Hörsting treibe zu sehr „Opportunismus“ mit der Absicht, andere zu „überlisten“. Auch sonst fand dieser bürgerliche Vertreter Worte der Kritik gegen die Hörsting'sche Reichsbannerpolitik, an der sich mancher Reichsbanner-Sozialdemokrat ein Beispiel nehmen könnte. Bemerkenswert war auch, daß ausgerechnet ein Demokrat (Hamburger) mit Nachdruck erklärte, das Bürgertum habe im Reichsbanner völliig versagt. Dazu passe sehr schön ein Fall, auf den ein sozialdemokratischer Vertreter aus Breslau verwies. Dort ist ein Demokrat ausgetreten, weil das Reichsbanner die Beteiligung am Hindenburgrummel abgelehnt habe. Der Mann wies dabei darauf hin, daß das Reichsbanner nun auch die 25 Mark einbüße, die er als Beitrag jährlich gezahlt habe (!).

Hörsting konnte es sich bei dieser Gelegenheit nicht verkneifen, wegwerfend von dem Artikel zu sprechen, den seinerzeit „ein heller Sachse“ über die heftigen Wahlen und das Reichsbanner geschrieben habe. Diese Art, den Artikelschreiber vor einem Forum lächerlich zu machen, das den Aufsatz gar nicht kennt, ist auch eine Eigenheit des Vorsitzenden einer großen Organisation, die alles weniger denn ausgleichend wirken kann. Die in jenem Artikel vertretene Ansicht wurde übrigens durch einen Antrag des Ortsvereins Frankfurt a. M. als richtig unterstrichen, der allerdings vor der Entscheidung auf gutes Zureden „aus parteipolitischen Gründen“ zurückgezogen wurde.

Auch wie Hörsting Schönau behandelt, konnte nicht sympathisch berühren. Bezeichnend war, daß sich wieder ein Demokrat gegen dieses Verfahren wandte. Von sozialdemokratischer Seite wurde mit Recht betont, daß dieselbe ablehnende Energie gegen die Kommunisten auch den Stahlhelmern gegenüber angewendet werden müßte. Zumal die kommunistischen Arbeiter doch unsere Klassenossen trotz

### Neue Sonntagsrede Poincarés

SPD Paris, 8. Oktober.

Poincaré hielt am Montag auf einem ihm zu Ehren in Thionville gegebenen Bankett eine Rede, in der er die Versicherung abgab, daß das Schicksal Elsas-Vohringens von der Regierung und den Behörden stets respektiert werden würde. Seit 10 Jahren, erklärte Poincaré, erneuere er diese Versicherung ununterbrochen. Thionville sei stets eine rein französische Stadt gewesen und bereits im Jahre 1920, als er den Eingeborenen das Statut der Republik bekanntgegeben habe, sei ihm die Frage gekommen, wie nur die Deutschen die Stadt hätten Diederhosen nennen können und wie sie sich hätten einbilden können, daß sie jemals deutsch werden würde.

Nach einem längeren historischen Rückblick auf die wechselreiche Geschichte der von den Römern gegründeten Stadt charakterisierte Poincaré die Besitznahme durch die Deutschen im Jahre 1870 mit folgenden Worten: „Es ist nötig, daß Eure Kinder diese traurigen Dinge kennen und daß sie alles das begreifen, was sie an Ungeheuerlichkeiten, Unmoral und Unmenslichkeit enthalten. Wenn die Zeit jemals solche Missetaten verzeihen könnte, so würde das Völkerecht jeder Rühmlichkeit und Gewalt ausgeliefert sein. Für alles das, was Thionville gelitten habe, steht Frankreich in seiner Schuld. Ich persönlich werde stets das Beste meiner Kraft der Stadt und Elsas-Vohringens widmen.“

### Kammererwahlwahlen in Frankreich

LU Paris, 8. Oktober.

Am Sonntag fanden in Gray und Issoudun Kammererwahlwahlen statt. In Gray wurde der Abgeordnete Drouot von der demokratischen Allianz gegen den Radikal-Republikaner Valenti und in Issoudun der sozialistische Abgeordnete Louis Helles gegen den Generalrat Darnault von der republikanischen Linken gewählt.

### 299 nicht 399

Berichtigung zu den „Dokumenten aus den Reichswehrakten.“

Durch einen Tippfehler hat sich in dem gestern wiedergegebenen Aufsatz „Dokumente aus den Reichswehrakten“ ein innerenstehender Sachverhalt ergeben. Es wurde gesagt, daß nach dem Vertrag vom Februar 1923 jährlich 399 Kriegsschlange gebaut werden sollten. Wie wir nunmehr bei dem Verfasser festgestellt haben, ist hier im Manuskript ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. An Stelle der Zahl 399 muß es 299 heißen und damit verändern sich entsprechend auch die korrespondierenden Zahlen. Die russischen Volkskommissare hatten sich demzufolge verpflichtet, nur 60 Stück = 20 Prozent abzunehmen, der der Reichswehr zustehende Teil verringert sich mithin auf 240 pro Jahr.

# Der Radioredner im Klostert

## Als die Baltikumer kamen

alle dem sind. Es geniert Höring und seine Mehrheit aber nicht, daß Reichsbanner und Stahlhelmer gemeinsam vor Hindenburg paradierten. Vor Hindenburg, der Ehrenmitglied des Stahlhelms ist! Ein Antrag aus Bielefeld, die jahungsmäßige Verpflichtung zum Aufmarsch vor Hindenburg aufzugeben, solange dessen Ehrenmitgliedschaft beim Stahlhelm ist, wurde zurückgezogen, und zwar deshalb, weil im Privatgespräch den Antragstellern von einem Demokraten erklärt worden war, daß die Demokraten den Saal verlassen wollten, wenn der Antrag angenommen würde. Der Vorsitzende, Demokrat Lemmer, bemerkte aber dazu, daß er niemand zu solcher Erklärung ermächtigt habe.

Dem Parteiman Höring möchte auch empfohlen sein, in Reichsbannerversammlungen nicht über Karl Marx zu sprechen. Das wirkt peinlich auf jeden marxistisch geschulten Sozialdemokraten. So war es auch in Hannover. Höring will Karl Marx nur gelten lassen für „die Zeit, in der er lebte“ (!). Recht sonderbar hörte sich auch die pathetische Erklärung an: „Zeigt uns ein Land in der Welt, in dem es den Arbeitern besser geht“ — als in Deutschland. (!) Wir brauchen uns „nicht zu verstecken“, man solle „das eigene Nest nicht beschmutzen“. Derartige Entgleisungen eines an hervorragender Stelle stehenden Sozialdemokraten müssen den glühenden Nationalisten befriedigen. Solch Lob dürfte dem kapitalistischen Deutschland noch selten ausgesprochen sein.

Wiel besser wie auf Karl Marx ist Höring auf Wilhelm Marx, den Zentrumsman, zu sprechen. Da nimmt er eine feintönige Scheidung zwischen „dem Menschen und dem Politiker“ vor. Dafür scheint draußen im Lande wohl nicht überall das rechte Verständnis vorhanden zu sein, denn es wurde berichtet, daß dem Bundesvorstand seinerzeit viele Briefe zugegangen sind mit der Forderung: Schmeißt Marx heraus! Darunter auch solche aus Zentrumskreisen. (!)

Der ganze Verlauf der politischen Debatte zeigte, daß sich kritischer Geist gegen die vom Bundesvorstand vertretene Reichsbannerpolitik mehr als bisher zu regen beginnt, und daß er nicht nur aus Sachsen kommt. Umsoviel darf man sich freilich auf absehbare Zeit nicht verlassen. Vom Sprecher aus Dresden wurde gefragt, wie es komme, daß Bund zur Frankfurter Veranstaltung eingeladen sei, obwohl er als Altsozialist dem Reichsbanner nicht mehr angehöre, auch seinen Austritt ausdrücklich angemeldet hat. Auf diese Frage hat Höring keine Antwort gegeben! Daß er im Schlusswort noch allerhand Zensuren gegen die Kritiker in seiner „Art“ austeilte, fällt kaum mehr auf. Der Bundesvorstand scheint recht nervös geworden zu sein.

## Der Spaltungsprozess in der SPD

Der Volkswille, das Organ der linken Kommunisten, veröffentlicht in seiner Nummer vom 8. Oktober eine Erklärung, in der es heißt:

Die am Schluss unterzeichneten Bezirksvereine erklären hiermit, daß sie sich als Fraktion Linke Kommunisten konstituieren haben.

Da die jetzige Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale auf allen Gebieten in Theorie und Praxis die Grundzüge der kommunistischen Internationale aufgegriffen haben, sehen wir uns zu unserem Schritt veranlaßt. Insbesondere zeigt sich der Weg der reformistischen Verumpfung — dieser Schule jeglichen Arbeiterverrats — durch die Maßnahmen des Zentralkomitees der SPD und der Kommunistischen Internationale gegenüber der marxistisch-leninistischen Opposition, die in Deutschland und der Internationale nicht nur Ausschlüsse tätigen, sondern sogar durch Verbannung und physische Vernichtung die Opposition totzumachen versuchen.

Wir erfüllen bei dem Verlangen der SPD eine selbstverständliche Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft auch hier im 18. Bezirk, indem wir auch hier die alte kommunistische Politik des Kampfes gegen die Bourgeoisie und für die proletarische Revolution im Sinne von Marx und Lenin, im Interesse des Proletariats fortführen werden.

Berlin-Weihensee, den 3. Oktober 1928.  
Fraktion Linke Kommunisten in der Bezirksversammlung des 18. Bezirks.

gez. Albert Griebel, Paul Böttcher, Lina Pilz.

Wir haben dieser Kennzeichnung der Kommunistischen Partei nichts Wesentliches hinzuzufügen. Die Erklärung dieser drei ist nur ein Vorpiel dessen, was sich auf Grund der Thälmann-Entscheidung des Moskauer Ekts in den nächsten Wochen ergeben wird. Nämlich der Kampf aller gegen alle. Der Kampf der Fraktion untereinander auf Leben und Tod.

## Das Echo der italienischen Antwortnote

SPD Paris, 9. Oktober (Radio).

Die Pariser Presse sucht der italienischen Note auf das englisch-französische Marineabkommen möglichst geringe Bedeutung zu geben. Nach der Ablehnung durch die Vereinigten Staaten habe die italienische Antwort nur noch informativen Wert. Zumindest aber kann man sich nicht enthalten, gegen die italienischen Wünsche, die eine vollständige Gleichstellung der Flottenstärke zwischen Frankreich und Italien fordern, auf das energischste zu protestieren. „Italien tut so“, schreibt das *Deuore*, „als wenn es nur eine einzige Seemacht gäbe, Frankreich“. Ferner erklärt im Echo de Paris bisig: „Die Gleichstellung zwischen Frankreich und Italien würde die unbedingte Oberherrlichkeit im Mittelmeer geben. Das wäre eine Kränkung für den Amtszug der territorialen Verhältnisse im Mittelmeer und ein Anreiz für einen Ueberfall auf Tunis.“

SPD Berlin, 9. Oktober. (Radio).

In Londoner politischen Kreisen ist man über die italienische Antwortnote verstimmt, weil Italien das Marineabkommen als einen Vorjud, das Kräfteverhältnis am Mittelmeer zu verschieben, mit aller Entschiedenheit ablehnt. Von oppositioneller Seite wird betont, daß angesichts der Isolierung der Englands Außenpolitik entgegensteuere, jeder Führer der Opposition, der Chamberlains Erbschaft nach den Neuwahlen anzutreten hätte, vor eine außerordentlich schwere Aufgabe gestellt werden würde. England sei mit Rußland, Amerika und Italien verstimmt und es könne sich auf Frankreich nicht verlassen.

## Der Enthüller ausgewiesen

SPD Paris, 9. Oktober (Radio).

Wegen der Veröffentlichung des geheimen Schreibens des französischen Auswärtigen Amtes über das englisch-französische Marineabkommen ist nun der Pariser Korrespondent der *Heartspelle*, *Sorgan*, aus Frankreich ausgewiesen worden. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß Hottan das Dokument von Paris nach London telephoniert hatte. Der Journalist wurde gestern sieben Stunden lang auf der Polizeipräfectur vernommen, weigerte sich aber, seine Gewährsmänner preiszugeben. Man stellte ihm die Wahl zwischen einem Gerichtsverfahren wegen Verheimlichung, das eventuell mit einer Verurteilung zu sechs Jahren Gefängnis abschließen könne, und sofortiger Ausweisung. Unter energischem Protest nahm der Journalist die Ausweisung hin.

SPD Stettin, 8. Oktober.  
Der kommunistische Abgeordnete des Preussischen Landtags, Schulz, der am Sonnabend das Banditenstückchen im Berliner Rundfunk vollführte, hat schon einmal rühmlich von sich reden gemacht, als er in Stettin als Angestellter der SPD tätig war. Es war im Juli 1919, als Schulz auf dem Schloßhofe in Stettin eine Versammlung einberufen hatte, zu der etwa 700—800 Personen erschienen waren. Schulz sprach von einem Balkon aus zu den Versammelten, als plötzlich Schüsse trachten und Handgranaten geworfen wurden, wobei ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden. Es waren einige aus dem Baltikum zurückgekehrte Banditen, die unter Führung des berühmten Hauptmanns Boenssen die Versammlung sprengten. Als der erste Schuß trachte, verschwand Schulz vom Balkon, ließ die von ihm arrangierte Versammlung im Stich und wurde bis auf weiteres nicht mehr gesehen. Später wurde der tapfere Held Schulz auf dem Klostert verhaftet aufgefunden, wo er in Angst und Bangen abwartete, bis die Gefahr vorüber war. Auch während des Rapp-Butsches spielte Schulz eine ähnliche klägliche Rolle.

## Schulz stellt Strafanklag

WIZ Berlin, 8. Oktober.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz, der gestern abend von dem Vorwärts-Redakteur Schiff wegen seiner Rundfunkrede einen Kaufschlag in der Untergrundbahn erhalten hat, hat gegen Schiff Strafanklag wegen Mißhandlung und Sachbeschädigung gestellt. Schulz, der sich den Sonntag über vor der Polizei verborgen gehalten hat, da er für einen Zeitraum von 24 Stunden nach der Tat gefesselt nicht durch seine Immunität geschützt war, hat die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag bei Freunden in Neukölln verbracht und sich den Sonntag über im Reichstag aufgehalten.

Alfo Schulz stellt Strafanklag. Der Kommunist, der in seinem Rundfunkspeech kurzerhand erklärte, die Kommunistische Partei habe die Rede des Vorwärts-Redakteurs Schwarz abgelehnt, wendet sich an die Gerichte des bürgerlichen Klassenstaats, um gegen die Abstrafung, die er im Untergrundbahnwagen erhielt, Schulz zu

## Oesterreich wird kein Italien werden

### Rundgebung des österreichischen Parteivorstandes

SPD Wien, 8. Oktober.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat am Montag eine Dankfestung an die Anhänger der Sozialdemokratie beschlossen, in der festgesetzt wird, daß der 7. Oktober, den die Faschisten zu einem Tage der Bedrohung der Arbeiterklasse machen wollten, zu einem Tage des Triumphes der Arbeiterklasse geworden ist.

In Leoben ein gewaltiger Aufmarsch mitten im Reich der Alpen; in ganz Oesterreich Bereitschaft des Schuhbundes, in Wien: Neustadt aber der gewaltige Arbeitertag. Ein paar tausend Heimwehrlaute sind durch Wiener-Konkordat marschieren unter einem Meer von roten Fahnen; vor dem Volke vertritt hinter einem Riesenaufgebot von Militär und Gendarmen. Die Regierung hat beinahe das ganze Bundesheer mobilisiert, um ein paar tausend Heimwehrlaute vor dem Jörn des Volkes zu schützen. Wie ganz anders war unser Aufmarsch: unvergleichlich in seiner Größe, seiner Masse, seiner Begeisterung, vor allem auch seiner Disziplin. Die Arbeiterschaft des Bezirks unter dem Wiener Wald hat bewiesen, daß in ihrer Heimat kein Platz ist für Verrat und für faschistische Butschgeleiste. Sie hat gezeigt, daß sie den Frieden im Lande wünscht, jedoch entschlossen ist, jeden Vorstoß der Kapitalisten abzuwehren. Sie hat gezeigt, daß sich die Landsochle des Faschismus im roten Wiener-Neustadt nicht anders bewegen können als verreckt hinter einem Riesenaufgebot von Militär und Gendarmen.

Die Kundgebung schließt: „Dank allen, die zum Gelingen dieses Tages beigetragen haben, Dank vor allem unseren Schutzbündlern, Dank unseren Arbeiterpartnern, unseren Eisenbahnern, Dank der Gesamtheit unserer Vertrauensmänner. Oesterreich wird kein Italien werden. Der Faschismus wird uns nicht niederzwingen; die Arbeiterklasse wird sagen: Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die Freiheit! Es lebe die Sozialdemokratie!“

## Es nützt alles nichts

### Die Einzeichnungen zum kommunistischen Volksbegehren

Der Versuch der Kommunisten, die Bewegung für ihr Volksbegehren durch die Rundfunkpendelade zu beleben, ist mißglückt. Auch durch die Rede des Herrn Schulz und durch die große Kundfunk-Aktion konnten die Massen nicht in die Einzeichnungskafale gebracht werden. Wie der Vorwärts mitteilt hatten sich in den ersten fünf Tagen des Volksbegehrens zur Fürstenabfindung in Groß-Berlin 436 543 Wähler eingetragen. Für die Kommunisten trugen sich im gleichen Zeitraum von fünf Tagen 75 197 ein; etwa ein Sechstel der früheren Zahl. Die Rote Fahne mußte am Sonntag eine graphische Statistik aufmachen, aus der hervorgeht, daß die einzelnen Bezirke erst 1 bis 4 Prozent dessen aufgebracht haben, was sich die Kommunisten im voraus errechneten. Der Durchschnitt ist etwa zwei Prozent!

Nicht besser als in Berlin scheint es für die Kommunisten im ganzen Reich zu stehen. Die kommunistischen Blätter hülfen sich überall über ihre „Erfolge“ in ein vielstündiges Schweigen. Besonders unglücklich scheinen die Kommunisten auch in Teilen des westlichen Industriegebietes abzuschneiden. So wird aus der Stadt Bielefeld berichtet, daß sich in den ersten zwei Tagen ganze 78 Personen eingetragen haben, gegenüber 2386 Eintragungen des Volksbegehrens für die Entelung der Fürsten. Aus einigen umliegenden Orten werden folgende Ergebnisse der ersten beiden Tage mitgeteilt: Bradweide 12, Bauerhöf 3, Gellersdagen 5, Brake 1, Quelle 0, Stegshof 0, Ummeln 0, Schilbeide 0, Sieker 3, Herford 0, Bünde 0, Gütersloh 7, Lemgo 0, Bielefeld 0.

Und das alles trotz der richtigen Propaganda und trotz des Parteibefehls an die Kommunisten, sich schon am ersten Tage einzuschreiben!

## Das Volksbegehren in Leipzig

In den ersten sechs Tagen des kommunistischen Volksbegehrens sind in Leipzig 8976 Eintragungen erfolgt, gegenüber 60 217 Eintragungen beim Volksbegehre 1928 in dem gleichen Zeitabschnitt.

luden. Man kann gewiß über die Koepenickade, wie auch über den Vorfall in der Untergrundbahn geteilter Meinung sein. Wenn aber nun der „Held“ dieses Stückes um Hilfe bei den Klassenrichtern schreit, dann krönt das nur den Wildwestreiß der Kommunisten, die alles brauchen, um für ihr Volksbegehren gegen die Sozialdemokratie die Reklamekassette in Bewegung zu setzen.

## Unterjuchung der Rundfunkaffäre

WIZ Berlin, 8. Oktober.

Wie verlautet, sind die für den Berliner Rundfunk verantwortlichen Persönlichkeiten Montagvormittag zum Reichsinnenministerium bestellt worden, um über die Angelegenheit der kommunistischen Rundfunkrede Bericht zu erstatten. Welche Maßnahmen von Vorfällen, wie sie am Sonnabend den Berliner Rundfunkhörer befehrt wurden, ergriffen werden, steht im Augenblick noch dahin. Der Ansjager des Rundfunks, Zänisch, ist, wie die „Rundfunkde“ bestätigt, vorläufig vom Amte suspendiert worden.

Wie die Telegraphen-Union weiter erzählt, hat sich der Ueberwachungsausschuh beim Rundfunk am Montag mit der Frage, wie die Wiederholung eines Mißbrauches des Rundfunks durch Unbefugte zu verhindern sei, eingehend beschäftigt. Es ist vorgelesen worden, daß der Kontrolle ausübende Ansjager in Zukunft während seiner Dienstzeit nicht mehr telephonisch anrufen werden darf, so daß er künftig von seiner Tätigkeit nicht mehr wird abgehört werden können. Weitere Maßnahmen des Reichsinnenministeriums in dieser Angelegenheit sind nicht zu ermitteln.

WIZ Berlin, 8. Oktober.

Heute nachmittag wurde Chefredakteur Heller von der Welt am Abend von der Kriminalpolizei in seiner Wohnung verhaftet und ins Polizeipräsidium gebracht, wo ihm vorgelesen wurde, einer der Entführer des Redakteurs Schwarz gewesen zu sein. Heller stellte jede Beteiligung an der Angelegenheit in Abrede und verlangte die sofortige Ledung des Entführten Schwarz, der dann auch die Auslage des Verhafteten voll bestätigte. Hierauf wurde Heller sofort in Freiheit gesetzt.

## Militärlasten für Städte

Es ist bereits berichtet worden, daß eine Anzahl Städte durch Zusammenlegung von Truppenteilen ihre Reichswehrgarnisonen verlieren wird. Da nun die Verwaltungen der Städte die Garnisonen erhalten wollen, greift das Reichswehrministerium zu Methoden die aufs schärfste zu verurteilen sind. Wie der Demokratische Zeitungsdienst berichtet, hat das Ministerium Forderungen an eine Reihe von Städten gestellt, die zum Kauf für die Städte werden können. Da wird die Stadt Deso z. B., die die Lübbener Garnison übernimmt, aufgefordert, eine Reithalle zu errichten, die Kasernen zu erweitern, Gelände für einen Übungsplatz bereitzustellen und außerdem Wohnungen für Reichswehrgenörpore neu zu erbauen. In einer anderen Stadt wurde die Errichtung einer Schwimm-Badeanstalt verlangt. Innerhalb der Städte hat sich eine lebhaft Entzündung über die Praxis des Reichswehrministeriums bemerkbar gemacht, da die Städte annehmen, es handle sich um eine feste Methode des Ministeriums, eine Stadt gegen eine andere auszuspielen.

## Zentrum und Große Koalition

WIZ Berlin, 8. Oktober.

Wie das Nachrichtenbureau des WIZ ergänzend erzählt, ist in der Sitzung des Parteivorstandes des Zentrums zwar kein Beschluß zur Koalitionsfrage im Reich und in Preußen gefaßt worden, doch hat man ausdrücklich den Fraktionen beider Häuser freie Hand für etwaige Koalitionsverhandlungen gelassen. Das ist insofern bedeutsam, als in der zweiten Hälfte dieser Woche im preussischen Landtage die Koalitionsparteien zu offiziellen Verhandlungen über die Regierungserweiterung zusammenzutreten. Für das Zentrum wird der Abgeordnete Sch die Unterhandlungen führen, für die Demokraten der Abgeordnete Falk, für die Sozialdemokraten der Abgeordnete Heilmann.

## Nachtragsetat für 1928

SPD Im Reichsfinanzministerium wird ein Nachtragsetat für 1928 vorbereitet, der u. a. auch den durch die Besoldungsordnung vom Dezember 1927 notwendig gewordenen neuen Stellenplan enthält. Dieser Nachtragsetat, mit dem sich das Reichskabinett schon in den nächsten Tagen beschäftigen wird, steht im engsten Zusammenhang mit dem Reisetat für 1929, der bis zum 1. November dem Reichsrat vorgelegt wird.

Die Beratungen über den neuen Reisetat mit den Ressorts sind schon seit einiger Zeit abgeschlossen. Eine ganze Reihe von Etats befindet sich bereits im Druck. Schwierigkeiten bei der diesjährigen Etatsaufstellung haben sich dadurch ergeben, daß Ueberhöfliche aus dem vergangenen Etatsjahre nicht mehr vorhanden sind und Einnahmen aus Münzgewinnen, die in den letzten Jahren eine bedeutende Rolle spielten, vollständig wegfallen.

## Des Landbundes Kampf um das „Höchste“

rv. Im Zeichen einer scharf betonten Kampfanlage gegen die Sozialdemokratie, die auf dem flachen Lande Schlesiens die Kleinherlichkeit des Junkertums neuerdings ernstlich bedroht, stand die dieser Tage in Breslau hinter verschlossenen Türen abgehaltene Führertagung des Schlesischen Landbunds. Die Tagung wurde von dem satfam bekannten Freiherrn von Richthofen, der vor nicht langer Zeit die Arbeitslosenversicherung als eine „perverse Plage“ bezeichnet hatte, geleitet und mit dem Bemerkten eröffnet, daß die Landwirtschaft, d. h. der Landbund, in einem schweren Kampfe zwischen Sozialismus und Privatwirtschaft stehe. Anschließend referierte ein Bankmann von Eichhorn über wirtschaftspolitische Fragen und Herr von Richthofen über das sozialistische Agrarprogramm. Schauernd stellt der Vortragende dabei fest, daß die Sozialdemokraten für das „Höchste“, den Eigentumsbegriff, kein Verständnis habe. In einer Polemik gegen die steuerpolitischen Auffassungen des bekannten Agrarforschers Vereboe verließ sich der Vorsitzende Richthofen in der Diskussion zu der Bemerkung, daß Vereboe der „größte Schädling der Landwirtschaft“ sei, denn durch seinen Ruf als Wissenschaftler hätten seine Ansichten mehr Gewicht wie die „sozialistischen Erbschren“. Ein größeres Echo dürfte diese Tagung und die auf ihr vertretenen Thesen außerhalb der Reihen der Landbundanhänger kaum haben. Sie ist höchstens symptomatisch für den Grad der landbändlerischen Beforgnis vor der roten Gefahr.

# Nachlese zum 7. Oktober

Von unserem Sonderberichterstatter.

Wien, 8. Oktober.

„Die deutsche Sozialdemokratie ist als Ordnungspartei für den Staat und die Wirtschaft, der Austromarxismus aber, um im Trüben fischen zu können...“

So stand es am 4. Oktober — also einige Tage vor dem berühmten Sonntag — im Neuen Wiener Journal, einem Blatt zu lesen, das zu den eifrigsten Verteidigern des Herrn Seipel gehört. Diese Zeitung, und mit ihr die ganze Presse der „guten bürgerlichen Gesellschaft“, windet sich heute in Krämpfen. Sie, die alles getan hat, um die Sozialdemokratie Oesterreichs zu diskreditieren, sie, die Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat, um den österreichischen Arbeitern begreiflich zu machen, daß die österreichische Sozialdemokratie ja eigentlich nur eine verkappte Kommunistengesellschaft sei — denn gute Sozialdemokraten benähmen sich doch ganz und gar anders als die Außerer, Otto Bauer usw. (siehe die deutschen Sozialdemokraten) — sie muß heute gestehen, daß der 7. Oktober ein Tag des sozialdemokratischen Erfolges war.

Schwer genug kommt es den Herrschaften an; aber diesmal haben sie leider auch nicht im entferntesten die Möglichkeit, die Dinge zu verschieben. Allzu deutlich zeigen selbst die Photographien, die die „nationalen“ Zeitungen bringen, daß die Heimwehr in Wiener-Neustadt durch menschenleere und mit roten Fahnen geschmückte Straßen ziehen mußte, während sich der Aufmarsch der Arbeiter und des sozialdemokratischen Schutzbundes inmitten einer begeisterten vieltausendköpfigen Menge vollzog. Zu allem Unglück für diese nationalen Blätter hatten gestern abend unter dem Eindruck der gewaltigen Arbeiter-Kundgebung linksbürgerliche Zeitungen in ihren Extraausgaben öffentlich das Plakat des Heimwehr-Aufmarsches festgesetzt und selbst aus den amtlichen Publikationen ergab sich — „leider“ — daß nicht im entferntesten so viele Hahnenschwanz-Träger (die Heimwehrleute tragen am Hut eine Feder) angekommen waren, als man vorher auch in der Presse mitgeteilt hatte.

So vermeiden fast alle diese Zeitungen der bürgerlichen Koalition, Zahlen anzugeben. Bestenfalls beschränken sie sich darauf, von einem Triumph des Bürgertums zu sprechen. Nun aber kommt eine andere Welle: in einer Reihe von Zeitungen wird heute mit einem Male und mit Nachdruck gefordert, daß die „Abriistung der Verbände“ (gemeint ist dabei in erster Linie der sozialdemokratische Schutzbund) nun endlich zu erfolgen habe, denn es wäre doch geradezu unverantwortlich, wenn die „Volksgenossen“ sich noch einmal so gegenüberstellen sollten, wie am Sonntag in Wiener-Neustadt.

Aber auch hier haben die Herrschaften entschieden Bescheid. Man erinnert sich nur zu deutlich, daß es die Sozialdemokratische Partei war, die nicht weniger als sechsmal (!) die Abriistung gefordert hat. Die Sozialdemokratie und der Schutzbund haben bei den verschiedensten Gelegenheiten mit Nachdruck betont, daß eine allgemeine Abriistung notwendig sei. Noch am Mittwoch vor dem Neustädter Sonntag wurde im österreichischen Parlament eine sozialdemokratische Abriistungs-Interpellation behandelt. Damals war es bekanntlich Herr Seipel, der verantwortliche Staatsmann, der diese sozialdemokratische Friedenskundgebung mit Hohn als unerheblich beiseitelegte. Damals war es Herr Seipel, der sagte, die „Heimwehr“ müsse zeigen können, daß sie da“ sei...

Nun also mit einem Male kommt den Herrschaften die Erkenntnis, daß es vielleicht doch besser wäre, wenn der Schutzbund seine Tätigkeit einstellte. Das ist nur zu begreiflich, denn dieser gestrige Sonntag hat den Reaktionen in Oesterreich eine harte Ruhe zu machen aufgegeben, und er war für sie zugleich eine deutliche Lehre. Sie ziehen die Konsequenzen daraus, indem sie den Gegnern ein gutes Geschäft anbieten (bei dem sie natürlich — nach ihrem Willen — die Gewinnenden wären).

Der Sonntag in Wiener-Neustadt wird auch noch andere Nachspiele haben. Eines davon wird sein, daß man Herrn Seipel in öffentlicher Parlamentsstunde über die Kosten seiner Gendarmen- und Bundesheer-Operationen interviuen wird. Nach den Berechnungen bürgerlicher Blätter betragen diese rund 2 bis 3 Millionen Schilling. Das nimmt nicht weiter wunder, denn aus allen Teilen des Landes war ja das Militär und die Gendarmen zusammengezogen. Ich sprach heute mit Gendarmen aus Vorarlberg, die vom letzten Mittwoch her auf den Weinbergen waren, um in Wien „Ordnung“ zu stiften. Heute und morgen fahren sie wieder nach Hause. Das Militär aus den verschiedensten Landes-teilen ist auch tagelang spazieren gefahren, was nicht billig war. So summieren sich die Kosten. Dafür hat der österreichische Steuerzahler aber das angenehme Bewußtsein, daß sein Kriegsminister die Truppen in allen Stellungen hat sitzen lassen. Außerdem wird es ihn mit Stolz erfüllen, daß die hohe Obrigkeit dem Zivilistenpaß einmal gezeigt hat, wie es im Krieg zugeht. Das wichtigste aber ist doch (ein Gendarmenoffizier aus Tirol erzählte es mit großer Genugtuung), daß der Staat seinen braven und manchmal auch nicht braven Kindern demonstrierte, über welche Machtmittel er verfügt; und daß er diese Machtmittel gegen jeden anwenden wird, der die Ruhe und Ordnung stören will — ganz gleich, ob das von rechts oder von links geschieht. Es soll auch Leute geben, die das glauben.

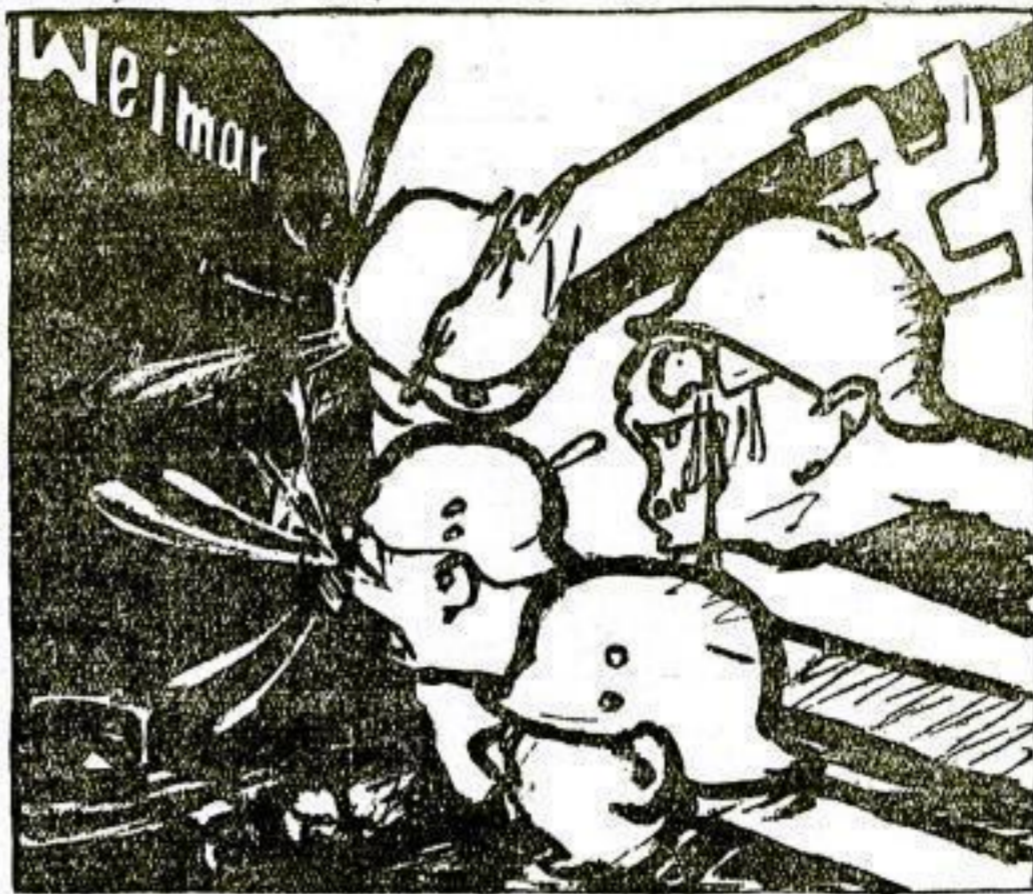
Zimmerhin kann man auf die kommende Parlamentsdebatte gespannt sein (weil sie Einzelheiten bringen wird), denn selbst bürgerliche Politiker haben offen erklärt, daß diese militärische Spielerei ein Unheil gewesen sei, den man sich habe sparen können. Und sie sagen mit Recht, daß diese Millionen dem Staat, also dem Steuerzahler erhalten geblieben wären, wenn die Regierung die Heimwehr-Provokation unterbunden hätte.

Alles Diskutieren in der Presse und alle erregten bürgerlichen Kommentare täuschen natürlich nicht darüber hinweg — und das sehen die österreichischen Sozialdemokraten sehr klar — daß die ganze bürgerliche Gesellschaft im entscheidenden Augenblick doch wie Pech und Schwefel zusammenhält und nicht im entferntesten daran denken wird, ihrem Seipel oder ihrem Kriegsminister etwas zu Felde zu tun. Warum denn auch? Beide haben doch nur die Geschäfte der bestehenden Bürger besorgt.

Noch eines ist interessant: die bürgerliche Presse versucht — übrigens nicht zum erstenmal —, das Gekelne der „kommunistischen Gefahr“ an die Wand zu malen. Jemandem in Wiener-Neustadt haben zwei Duzend sogenannter Kommunisten unter Führung eines tschechischen Abgeordneten gestanden. Aber weder kam der Abgeordnete dazu, seine Rede zu halten, noch fanden die zwei Duzend Getreuen Gelegenheit, sich als Vortrupp der Weltrevolution zu betätigen.

Wenn man in Oesterreich von den Kommunisten überhaupt spricht, dann nur deshalb, weil die österreichischen Behörden diese Bewegung mit allen Mitteln der Reklame großsuppenartig versuchen. In der letzten Woche wurde die im Handel überhaupt nicht erhältliche rote Fahne wohl jeden Tag verboten, bevor sie überhaupt erschienen war, und außerdem machte man sich das billige Vergnügen, alle kommunistischen „Führer“, und das dürften bald auch alle Mitglieder gewesen sein, zu verhaften bzw. bei ihnen Hausdurchsuchungen zu veranstalten. Einzelne will man wohl zu diesem

# Stahlhelm-Offensive



Stahlhelme allein schaffen's nicht, solange die Gehirne darunter fehlen!

Unsinne auch noch den Prozeß machen. Herr Seipel hat auch in dieser Beziehung von seinen Gefinnungsgenossen in Deutschland gelernt.

Nur in einem haben sich die Machthaber geirrt: sie hatten mit einer anderen Wirkung ihrer Kommunisten-Reklame bei den Arbeitern gerechnet. Die Wiener Proletarier haben sich nicht einlassen lassen. Sie haben die Dummkheiten der Kommunisten ebenso gebrandmarkt wie die trivialen Provokationen der Seipel und Genossen. Und dabei haben sie es bemerken lassen. Der deutlichste Beweis für die vollkommene Einflußlosigkeit der „kommunistischen Bewegung“ war auch in dieser Beziehung der Verkauf des Neustädter Sonntags.

Nun begreift man auch den Verger der braven Bürger. Die österreichischen Reaktionen mögen die Sozialdemokraten ruhig „Austromarxisten“ nennen und sich dabei einen „Schimpf“ vorstellen; sie mögen ruhig Parallelen zu Deutschland ziehen. Das alles wird die Wiener nicht hören. Sie wissen, was sie wollen, und sie spotten der ohnmächtigen Versuche, sie von ihrem Wege abzubringen. Höchstens, daß sie mit Bedauern von vielem sprechen, was außerhalb ihrer Landesgrenzen vorgeht. Und haben sie über das eingangs erwähnte Jitot eben auch ihre besondere Meinung. Daß sie sich dabei durchaus in unserer Gesellschaft befinden, brauchen wir nicht besonders zu betonen.

WIB Wien, 8. Oktober.

Im Einklang mit einer Erklärung, die im Nationalrat abgegeben wurde, hat der Bundeskanzler die Domänen der vier parlamentarischen Parteien zu einer Besprechung über die Sicherung des inneren Friedens für den Vormittag des 11. Oktober eingeladen. Die parlamentarischen Parteien haben sich mit dieser Besprechung einverstanden erklärt und ihr Erscheinen zugesichert.

## Preussischer „Großwahltag“ erst Ende 1929

Der preussische Landtag erledigte am Sonnabend die zweite Lesung des Kommunalwahlgesetzes und verabschiedete die Vorlage anschließend auch gleich in der dritten Beratung. Das Gesetz fand nach den Beschlüssen zweiter Lesung in der Schlussabstimmung mit 204 gegen 155 Stimmen der Linksparteien und einiger Wirtschaftsparteiler Annahme. Der erste kommunale Großwahltag wird nunmehr bis zum 31. Dezember 1929 durchgeführt sein müssen. Liktenverbindungen sind verboten und Wahllokal eine wieder ausgeschaltet. Wie der Innenminister erklärte, wird am 2. Dezember d. J. nur in einigen Kommunen, z. B. in den aufgelösten Gutsbezirken, die selbständige Gemeinden werden, gewählt werden. — Der Landtag vertagte sich bis zum 3. November.

## Gebietsaustausch in Südwestdeutschland

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben sich die Landesregierungen von Württemberg, Baden und Hessen in den letzten Wochen über die Frage der Aufhebung der Entlassung, Erlassen und Räumung auf dem Wege freier Vereinbarung dahingehend verständigt, daß die Innenministerien der drei Länder mit der Aufnahme von Verhandlungen beauftragt wurden. Diese Verhandlungen werden sich mit dem Austausch von Gebietsstücken zu beschäftigen haben. Es handelt sich u. a. um die hessische Stadt Wimpfen mit drei in Baden gelegenen Höfen und um die zu Württemberg gehörige Burgfestung Hohentwiel bei Singen. Inwieweit es möglich ist, bei den demnächst beginnenden Verhandlungen von Vertretern der drei Länder zu einer Verständigung zu kommen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Jedenfalls ist nach der Auffassung zuständiger Kreise die grundsätzliche Ueber-einkimmung in dieser Frage bei den Regierungen der drei genannten Länder bereits als wesentlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Staatsvereinfachung anzusehen.

## Schwangsetat für Koburg

Der Stadtrat von Koburg hat eine von der Kreisregierung befürwortete neue Steuervorlage mit allen gegen die Stimmen der beiden Bürgermeister zum dritten Male abgelehnt, womit der gesamte Etat 1928/29 gescheitert ist. Es wird nunmehr der Etat auf dem Zwangswege durch die Kreisregierung ausgeglichen werden.

## Die Wehrmacht und das Kaiser-Loch

Der Demokratische Zeitungsdiens berichtet: Wie der Reichswehrminister Gröner mitteilt, hat er eine Verfügung erlassen, wonach Angehörige der Wehrmacht verpflichtet sind, falls ein Loch auf den früheren Kaiser oder einen der Fürsten bei einer Veranstaltung ausgebracht werden sollte oder falls sie an einer Demonstration teilnehmen, die gegen die Republik gerichtet ist, die betreffenden Veranstaltungen zu verlassen.

## Noch immer die Chemnitzer Volkfrontübungen

### Interpellation der deutschnationalen Reichstagsfraktion

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion die folgende Interpellation eingebracht:

Im Gebiet von Chemnitz haben im Sommer d. J. unter freiem Himmel wochenlang militärische Übungen der kommunistischen Volkfrontjugend mit Schießübungen, Unterricht am Gewehr usw. stattgefunden. In den Straßen von Chemnitz wird zu kommunistischen Veranstaltungen öffentlich durch Hornsignale Alarm gegeben. Gleichzeitig mehren sich die Ueberfälle roter Frontkämpfergruppen in Uniform auf einzelne Angehörige anderer Verbände. Es ist bekanntgeworden, daß das sächsische Innenministerium schon vor längerer Zeit einen Bericht über diese Vorgänge an das Reichsministerium des Innern gerichtet hat. Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um diesen offensichtlich vorbereiteten des Bürgerkriegs und schweren Störungen der öffentlichen Ordnung wirksam entgegenzutreten? Wir sind mit schriftlicher Beantwortung einverstanden.

## Die eingeschmuggelten Ordensparagrafen

SWD Paris, 9. Oktober. (Radio.)

Ere Raunelle erklärt, offiziell ermächtigt zu sein, zu versichern, daß Herriot ebensowenig wie seine radikalen Kollegen im Kabinett Poincaré von den beiden Artikeln 70 und 71 im Finanzgesetz gewußt hätte, die bekanntlich die Rückgabe der beschlagnahmten Kirchensüter und die Wiederzulassung der religiösen Orden nach Frankreich vornahm. Herriot hätte unter keinen Umständen eine derartige Bestimmung hingekommen.

Noch merkwürdiger muß es berühren, daß der Quotidien erstarrt, daß auch Briand und sein intimster Mitarbeiter — gemeint ist augenscheinlich Berthelot — von diesen beiden Artikeln ebensowenig Ahnung gehabt hätten. Die Verantwortung dafür trage ein anderer hoher Beamter des Quai d'Orsay, der sie im Namen des Auswärtigen Amtes in das Finanzgesetz habe einfügen lassen. Das Blatt läßt dabei durchblicken, daß Poincaré selbst die beiden Artikel habe durchgehen lassen, weil er sich von einem Außenminister bedeckt glaubte. Um so einfacher, meint nun der Quotidien, sei es, diese beiden katastrophalen Forderungen wieder zurückzuziehen, da sie weder vom Ministerrat, noch von irgendeinem verantwortlichen Minister bedeckt seien.

## Aufrüstung in Australien

SWD Die australische Regierung hat — wie uns aus London gemeldet wird — beschlossen, den Ratsschlüssen des ihr attachierten britischen Luftadmirals Folge zu leisten und eine Summe von 240 Millionen Mark für den Ausbau des australischen Militärflugwesens zur Verfügung zu stellen.

## Bau einer starken chinesischen Flotte?

II London, 9. Oktober.

Wie Reuters aus Schanghai meldet, führt das zweite Geschwader der chinesischen Marine gegenwärtig achtstägige Manöver aus. Der kommandierende Admiral erklärte, der Bau einer starken chinesischen Flotte sei eine Notwendigkeit. Die Nanjing Regierung plant, eine Flottenbasis zu bauen und eine moderne Marineakademie zu errichten.

## Briefsperrre über Trozki

Aus Moskau wird gemeldet, daß Trozki eine weitere Verschärfung seiner Verbannung erfahren habe. Ueber ihn wurde auf sechs Monate eine Briefsperrre verhängt, weil er Artikel und Briefe gegen die Regierung geschrieben hat.

Französische Bombenflugzeuge für Rumänien. Auf dem Flugplatz von Bukarest sind drei Bombenflugzeuge eingetroffen, die die Regierung im Frühjahr in Paris bestellt hatte. Nächste Woche werden drei weitere Flugzeuge dieser Art aus Frankreich erwartet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hugo Saupe in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Hugo Saupe in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft Leipzig.

Hämorrhoidenleidende sind dankbar nach dem Gebrauch von Apotheker Lauensteins Hämorrhoidal-Salbe, Pillen und Tee. Postversand Allein echt: Köhler-Salomo-Apotheke (Ecke Nikolaistraße) Grimaltecho Straße 17

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



# Staatsgewalt gegen Streifende

## Verschärfung in Kladno

### Rege Teilnahme der Frauen am Kampf

J B Der vor einer Woche begonnene Streik der Steinkohlenarbeiter im tschechischen Kladno, an dem rund 10 000 Arbeiter beteiligt sind, hat dank der unerhörten Gewaltmethoden der Gendarmerie eine erhebliche Verschärfung erfahren. Die Unternehmer bemühen sich, die Weibchen als Streikbrecher zu gewinnen und lassen die vereinzelt Arbeiter, die sie finden, durch die Staatsgewalt beschützen. Es ist daher bereits zu einigen Zusammenstößen gekommen, so besonders in dem Dorfe Kozdels bei Kladno, wo sich gegen 300 Arbeiter und ihre Frauen zusammenfanden, um gegen das Vorgehen der Behörden und der Unternehmer zu protestieren. Als Ergebnis wurden 5 Arbeiter und 4 Frauen, je paarweise zusammengefaßt, dem Straßengericht in Pantzsch eingeliefert. Daß solche scharfmacherischen Methoden nicht eben zur Beruhigung beitragen, ist verständlich, und so hat denn die Streikleitung auch eine Verschärfung des Kampfes beschlossen. Die Zahl der für die Notstandsarbeiten freigegebenen Arbeiter wurde empfindlich verringert, so daß ab 8. Oktober nur noch die allernötigsten Arbeiten geleistet werden dürfen.

Als erfreuliches Zeichen des steigenden Klassenbewusstseins ist auch die diesmalige rege Anteilnahme der Frauen zu verzeichnen. Sie sind es, die den wenigen Streikbrechern in wirksamer Weise entgegensteht, da sie das Gefühl haben, daß jeder Verrat die Aussichten des Kampfes verschlechtern muß.

In Drauzer Kohlenrevier machen sich die Wirkungen des Streiks in Kladno insofern bemerkbar, als die Unternehmer nunmehr die Arbeiterschaft zu neuen Verhandlungen eingeladen haben. Gelingt es nicht, bis 21. Oktober eine Einigung zu erzielen, so würde wahrscheinlich auch in diesem großen Revier der Streik ausbrechen, der dann allerdings erheblich größere Wirkungen haben würde als der Kampf in Kladno. Die Arbeiterschaft ist zuversichtlich und wird für ihre berechtigten Forderungen mit allen Mitteln eintreten.

## Polizei-Terror in USA

11 London, 8. Oktober.

Meldungen aus Neu-Bedford im Staate Massachusetts belegen, daß der größte Teil der in 24stündigem Streik befindlichen 56 Textilwerkstätten unter dem Schutze verstärkter Polizeikräfte den Betrieb bereits wieder aufgenommen habe. Die Polizeistationen von insgesamt fünf Städten sind nach Neu-Bedford verlegt worden, um angesichts der drohenden Haltung der Streikenden, die es auf einen offenen Kampf ankommen lassen wollen, alle Ruhestörungen sofort im Keime zu ersticken. 28 Männer und Frauen sind bereits wegen Teilnahme an Kundgebungen verhaftet worden.

Die Behauptung in der vorstehenden Meldung, daß die Streikenden „es auf einen offenen Kampf ankommen lassen wollen“, ist natürlich eine faulstidige Unternehmerrüge, aufgebracht zu dem Zweck, die Polizeibrutalität zu „rechtfertigen“. Falls es auch der Hinweis auf eine „24stündige“ Dauer des Streiks. Der Streik begann schon am 18. April, und zwar, weil die Unternehmer die Löhne um 10 Prozent kürzen wollten.

## Fehde-Anfrage der australischen Regierung

11 London, 7. Oktober.

Die Entwicklung im australischen Hafenarbeiterstreik läßt nur geringe Hoffnung auf eine baldige Beendigung zu. Die Gewerkschaftstagung in Melbourne hat sich entgegen dem Rat der Führer der Arbeiterpartei unerwarteterweise gegen die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen.

11 Melbourne, 8. Oktober.

Premierminister Bruce erklärte in einer Rede in Danbenong unter Hinweis auf den Hafenarbeiterkonflikt: Die Extremisten fordern Aufrufen heraus, indem sie versuchen, das Reich auseinanderzureißen, Unordnung in Handel und Industrie zu stiften und die nationalen Einrichtungen unzulänglich zu machen. Wir werden ihnen den Fehdehandschuh hin.

## Der Kampf der Werftarbeiter

Der Streik der Werftarbeiter an der Wasserfront wird voraussichtlich von längerer Dauer sein. Die Werftarbeitergesellschaft hat sich bereits darauf eingestellt und ihre Kampffront so fest wie möglich geschlossen. Streikbrecher sind keine vorhanden. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist gut. Nur die Notstandsarbeiten

werden verrichtet. Die Streikenden halten mit eiserner Entschlossenheit fest an ihren Forderungen:

Erhöhung des Stundenlohns von 88 Pfennig auf 1 Mark und Verkürzung der Arbeitszeit von 52 auf 48 Stunden.

Für die Wasserbauarbeiter der Oberstrombauverwaltung, in deren Gebiet über 3000 Arbeiter von der Entlassung bedroht waren, ist nunmehr durch den Reichsfinanzminister Hilfe geschaffen worden. Infolgedessen konnten die angebotenen Rückkündigungen fast sämtlich wieder zurückgenommen werden.

## Schiedsspruch für Niederschlesien

### Verbesserungen der Lohnverhältnisse

SPD Waldenburg, 9. Oktober. (Radio.)

Am Montag, 21. Uhr, ist von dem Schlichter für Schlesien, Oberpräsident a. D. Philipp, ein Schiedsspruch gefällt worden. Der Schiedsspruch sieht ab 1. Oktober 1928 eine Erhöhung sämtlicher Tariflöhne um 8 Prozent vor. Die bisherigen Gedinge- und Leistungszulagen sind in absoluter Höhe weiterzuführen. Feststehende Stücktarife erhöhen sich in dem gleichen prozentualen Verhältnis. Außerdem sind für die jugendlichen Arbeiter vom 14. bis zum 21. Lebensjahr besondere Erhöhungen vorgelesen. Ferner ist in dem Schiedsspruch eine weitere Erhöhung für die Kofferarbeiter festgelegt worden. Die Zulagen für Arbeiten an nassen Betriebspunkten und in trockenen Schichten werden verdoppelt. Die Grenze für volljährige Arbeiter war bisher das 24. Lebensjahr. Sie ist in dem Schiedsspruch auf das 21. Lebensjahr festgesetzt worden. Das bedeutet, daß der betreffende Arbeiter von diesem Zeitpunkt an den Vollarbeiterlohn erhält.

Die Arbeitgeberverbände werden am Dienstag in Delegiertenkonferenzen zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen.

## Arbeitszeit der Gemeindearbeiter

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden vor der Bezirksamtsstelle haben zu einer vorläufigen Einigung (die 51-Stunden-Woche) bis zum 30. April 1929 läuft. Die „Arbeitgeber“ haben sich jedoch damit einverstanden erklärt, daß ab 1. Mai 1929 die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wird.

## Gemeinden für Ausgesperrte Die linksrheinischen Textilarbeiter erhalten Wohlfahrtsunterstützung

Einem bürgerlichen Bericht über die jüngste Stadtverordnetenversammlung in Rhendt entnehmen wir:

Der von den Linksparteien eingebrachte Antrag, bei der Berechnung der allgemeinen Fürsorge die von den Gewerkschaften ihren Mitgliedern gewährten Unterstützungen nicht anzurechnen, wurde von der Mehrheit abgelehnt. Zum Schluß faßte man ein stimmig folgenden Beschluß: Gemäß einer Vorbesprechung der Vertreter der Städte M. Gladbach, Rhendt, Odentirchen, Wierlen und des Landkreises Gladbach hat die Stadtverordnetenversammlung an Unterstützungsmaßnahmen für die Ausgesperrten beschlossen: Ausgesperrte ohne jegliches Nebeneinkommen und sonstige Bezüge von Verwandten usw., die also jegliches Einkommens bar sind, sollen Unterstützung nach den Richtlinien der allgemeinen Fürsorge erhalten. Ausgesperrte, die Nebeneinkommen haben, gleichviel aus welcher Quelle, sollen ebenfalls, jedoch unter Anrechnung dieses Nebeneinkommens, nach den Richtlinien der allgemeinen Fürsorge betreut werden. Außerdem wurde beschlossen, den Kindern unter sechs Jahren aller Ausgesperrten täglich ein Liter Milch zu gewähren und vom Montag an wieder mit der Schulpflichtung zu beginnen, wobei die Kinder der Ausgesperrten weitestgehend zu berücksichtigen sind.

## Der Streik in Lodz

11 Lodz, 8. Oktober.

Die heutigen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Vertretern der Arbeitnehmer der Lodzer Textilindustrie sind ergebnislos verlaufen. Nach der Konferenz empfing Arbeitsminister Jurkiewicz die Vertreter beider Parteien und erklärte ihnen, daß er sich angesichts der Unnachgiebigkeit beider Teile gezwungen sehe, die Beilegung des Lohnstreits auf der Grundlage der fünfprozentigen Lohnerhöhung und die Ueberlassung der weiteren Streitpunkte für die künftigen Verhandlungen zu empfehlen. Von den Vertretern beider Parteien wurde erklärt, daß sie diese Vorschläge ihren Organisationen zur Kenntnis bringen würden.

## Eisenbahnerstreik in Frankreich

11 Paris, 8. Oktober.

Auf dem der Eisenbahndirektion Toulon unterliegenden Streckennetz ist heute wegen Lohnstreitigkeiten eine Streikbewegung ausgebrochen. Die höheren Beamten haben einen beschränkten Verkehr und die Postbeförderung durch Lastautos sichergestellt.

# Der „vertrauensvolle“ Staatsanwalt

## Staatsanwalt Jacoby wird vernommen

SPD Berlin, 8. Oktober.

Im Berliner Lombard-Beitragsprozeß wurde am Montag unter großer Spannung des Publikums der Angeklagte, Staatsanwalt Jacoby, vernommen.

Jacoby erklärt zu Beginn seiner Aussage in großer Erregung und mit der Faust auf den Tisch schlagend, daß er jede Schuld bestreite und wie jeder andere Kunde Bergmanns getäuscht und hintergangen worden sei. Er habe die Betrügereien erst aus der Zeitung erfahren. Jacoby ist nach seiner Darstellung im November 1926 durch einen Major Hinge, einen Oberregierungsrat Dr. Sennwald sowie den Rechtsanwalt Tolenberg mit Bergmann

näher befannt geworden. Damals hatte ihm Bergmann gelegentlich einer Zusammenkunft erzählt, daß er von Hinge und einem Kaufmann Rösch erpreßt würde; Jacoby riet Bergmann zur Erstattung einer Strafanzeige und fragte bei dieser Gelegenheit Bergmann, ob er nicht für 2000 Mark Wandbriefe der Schweizer Jacobys eine Verwendungsmöglichkeit habe. Bergmann habe ihn dann mit einem gewissen Ballam befannt gemacht, der als Vertrauensmann an der Börse bekannt war. Jacoby erklärt, daß er schließlich froh gewesen sei, als Bergmann ihm eines Tages telefonisch mitteilte, Ballam habe geraten, die Effekten auf Bergmanns Konto überschreiben zu lassen. „Ich war ein blutiger Laie in Börsendingen und freute mich nun, einen Sachverständigen zur Seite zu haben, der mir gute Ratschläge geben konnte. Außerdem war es mir lieb, bei Bergmann Pfandsicherheit zu haben.“

Jacoby schildert dann, wie sich in der Folge zwischen ihm und Bergmann die geschäftlichen Beziehungen weiter spannen. Bergmann habe großzügig von großen Krediten gesprochen, die ihm erste Leute von Aus bewilligt hätten. So hatte ihm ein Graf Schwerin eine halbe Million übergeben. Unter den Personen, die über ihn Auskunft erteilten, befand sich u. a. der Oberregierungsrat Sennwald. Schließlich habe Bergmann eines Tages auch ihn, Jacoby, zur Auskunftserteilung aufgefordert und dabei versprochen, für jedes auf Grund einer solchen Auskunft abgeschlossene Geschäft eine Provision zu zahlen. Angeklagter Jacoby: „Ich ging auf den Vorschlag ein. Ich hatte zwar keine Ahnung vom Lombardgeschäft, aber ich habe Bergmann alles geglaubt, was er mir sagte. Mir imponierte das Geschäft Bergmanns. Es sah großartig aus und machte den Eindruck eines soliden Bankhauses.“

Die weitere Vernehmung Jacobys ergibt, daß er zuletzt ein Gehalt von monatlich 630 Mark hatte, von dem ihm für Essen, Trinken und Garderobe 300 Mark monatlich übrigblieben. Von Bergmann will er etwa 6000 Mark bekommen haben, 2000 Mark seien aber schnell für Urteilskosten draufgegangen. Als der Vorsitzende Jacoby fragt, wo die restlichen 4000 Mark geblieben seien, vermag der Angeklagte keine Antwort zu geben. Auf Vorhalt des Staatsanwalts, daß schon 1924 von zwei Angestellten Bergmanns eine Anzeige erstattet worden sei, erwidert Jacoby schließlich, daß er der Sache keine Bedeutung beimessen habe und wegen Ueberbürdung mit Arbeiten die Anzeige von seinem Referendar habe aufnehmen lassen.

## Opfer der Arbeit

SPD Berlin, 9. Oktober. (Radio.)

Beim Bau einer neuen Straße in Neapel hat sich auf einer Länge von 50 Metern ein Erdbeben ereignet, durch den eine Abteilung Arbeiter verflüchtigt wurde.

Sieben Erdarbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden, und drei wurden schwer verletzt.

Ueber die Ursache des Unfalls wurde eine strenge Untersuchung eingeleitet, da Fahrlässigkeit der Bauleitung vorzuliegen scheint.

## Vom Zeppelin

SPD Friedrichshafen, 8. Oktober.

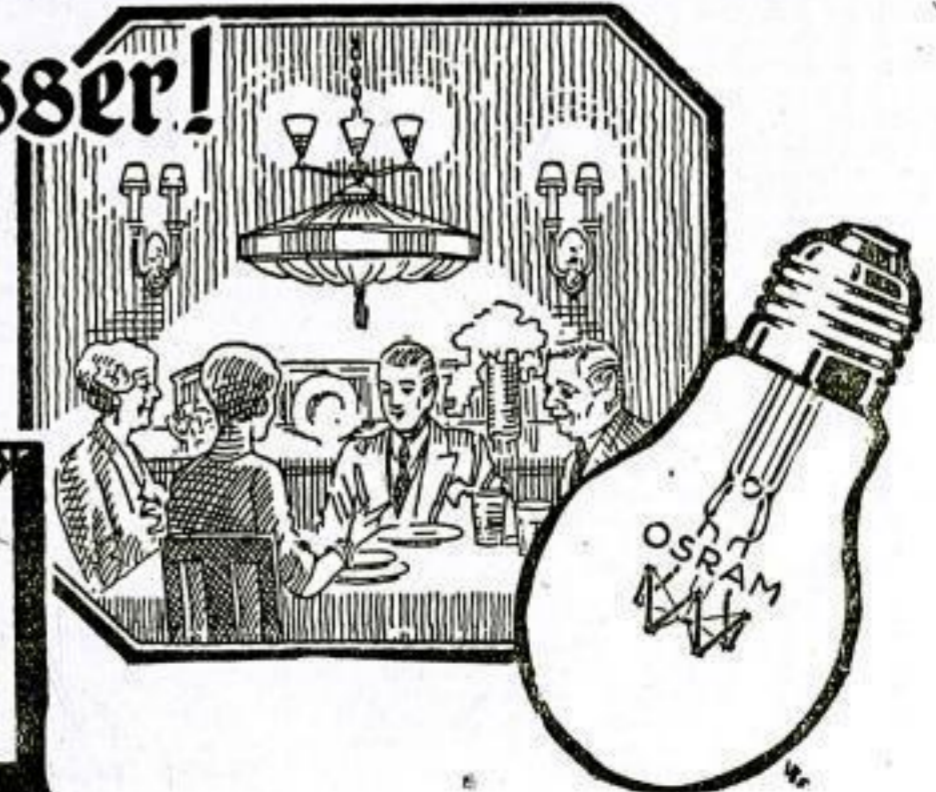
Das Luftschiff Graf Zeppelin machte am Montag vor dem Abflug nach Amerika seine letzte Werksstättenfahrt. Das Schiff stieg um 1,33 Uhr auf und landete um 6,05 Uhr. Es kreuzte während dieser Zeit ständig über dem Bodensee. An Bord des Schiffes befanden sich 80 Personen, darunter der preussische Handelsminister Dr. Seydewitz und der Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Paul Herj.

# Beleuchte Dein Heim besser!

Zu den notwendigen Annehmlichkeiten der Wohnung gehört es, daß sie ausreichend und gut beleuchtet ist. Nirgends darf aber das Licht blenden. Die elektrischen Lampen müssen stets von lichtstreuenden Umhüllungen aus Glas oder Stoff umgeben sein, oder es müssen Osram-Opal-Lampen verwendet werden.

Auskunft über die richtige Verwendung des elektrischen Lichtes erhalten Sie bei den Osram-Verkaufsstellen, dem Elektricitätswerk und sonstigen Elektrofachgeschäften.

# OSRAM





## Portugal

**Malerisches Elend.** — In der Mitte da geht ja der Teufel. — Das Familienbett aus Pflastersteinen. — Die menschenfreundlichen Taschendiebe. — Das Paradies der Könige. — Die Hölle der Mönche.

Weißblühend in der süßlichen Sonne, bunt, malerisch baut sich die Stadt an Weinhängen auf; Palmen ragen auf den Terrassen; Zitronen schimmern gelb durch das lichte Grün der wunderbaren Gärten. Ein Paradies, meint der Fremdling aus der herben, spärlichen Landschaft des Nordens, ein Paradies!

Aber dieses paradiesische Antlitz der alten portugiesischen Städte täuscht.

Am Fuße der Palmenhänge Portos zieht sich die Rua das Tappas do Belmonte entlang, die typische Straße der Altstadt. Schmale, steile Seitengassen zweigen von ihr ab, in denen sich die Bewohner vom Fenster aus über die Gasse hinweg die Hände reichen können. Zwei Frauen sehen aus gegenüberliegenden Fenstern und leisen; während sie sich während aus dem Fenster beugen, berühren sich fast die fuchelnden Häuse.

Europäische Kaufhäuser gibt es hier nicht: In einem großen vierseitigen Loch in der Mauer, ohne Türe, Schanfenster, Rahmen, liegt die Ware, halb im Haus, halb auf der Straße. Von der Straße aus kann man in die Wohnungen sehen: ein einziger Raum mit ein paar primitiven Möbelstücken. Zerlumpte, verschlammte, schmutzige Wesen krauchen darin herum; das einzige Bett ist zerwühlt und wohl seit Wochen nicht mehr geküßt. Eine halb angelegene Frau sitzt auf dem Boden und ruft, da sie den Fremden sieht: „Penny, Penny!“

Und der Ruf bekommt ein tausendfaches Echo. Aus hundert Köchern krauchen Kinder, in Hemden, zerklüfteten Hosen und undefinierbaren Fetzen, umringen den Reisenden und schreien, die weil sie ihm die schmutzigen Hände entgegenstrecken, unaussprechlich: „Penny, Penny, Penny!“ Nichts kann sie vertreiben. Nichts kann sie zum Schweigen bringen. Am wenigsten die Erfüllung ihres Wunsches, ein Penny. Ein trommelndes, zerklüftendes Gebrüll erhebt sich, wenn du eine Handvoll Centavos unter sie wirfst und die umliegenden Türken speien nochmals hundert Bettelkinder aus. Wie der Rattenfänger von Hameln zieht du dann durch die Straßen, gefolgt von Hunderten von bettelnden, pennyhungrigen, zerlumpten Kindern.

Musik hat in Italien das Betteln verboten. Carmoza noch nicht. Es ist viel besser. Carmoza verbietet es nicht, sondern schafft Arbeit und Brot für die Millionen Armer. Dann hört das Betteln von selbst auf.

Wir gehen zu dreien über den Praca do Brize, den Fischmarkt. Da bleiben alle Frauen stehen, mit ihren Fischkörben auf dem Kopfe. Sie betteln nicht, schreien nicht: Penny; sie sehen uns mit offenem Munde an.

Endlich ruft die vorderste mit schreckverzerrtem Gesicht: „O seht, seht: da... da... in der Mitte da geht ja der Teufel!“ Der in unserer Mitte ging, war ein deutscher Doktor, groß, rötlich und mit einem rotblonden Vollbart. So — mit einem roten Bart und mit Riefenwuchs — stellen sich diese schwarzhaarigen Kindergemüter den Teufel vor. Während man ihn hierzulande — im blonden Norden — als schwarz vorstellt. Freilich glaubt man im südlichen Norden nicht mehr so an den schwarzen Teufel wie im südlichen und katholischen Portugal an den roten.

Eine der Frauen deutet auf unsern rechten Hügelmann, dessen wohlgenährtes Aeußere augenscheinlich ihr Wohlgefallen erregt: „Seht, welch ein hübsches und wohlhabendes Gesicht!“ Es ist für diese verkümmerten Frauen schon ein Genuß, ein wohlhabendes, d. h. ein gutgenährtes Gesicht zu sehen.

Als wir abends vom Campo dos Martyres da Patria kamen, stiegen wir auf ein seltsames, erschütterndes Idyll. Im Schatten

eines Hauses standen Pflastersteine aufgestapelt. Als wir Menschenstimmen aus dem Stapel vernahmen, traten wir näher und sahen eine Frau, die hier sich und zwei Kindern ein Nachtlager inmitten der Pflastersteine zurechtmachte. Sie drehte die Steine so, daß die glatte Seite nach oben sah, breitete ein paar dünne, zerklüftete Lumpen darüber, legte die Kinder darauf und dann sich selbst, dann holte sie aus ihrem Bündel eine Flasche Landwein und ein Stück Maisbrot, gab den Kindern zu essen und zu trinken und fastete dann die Hände:

„... gib uns heute unser tägliches Brot ... und erlöse uns von allem Uebel! Amen.“

Dann schliefen die Armen ein. Sie sind nicht die einzigen, die hier so nächtigen. Tausende schlafen unter freiem Himmel, an Straßenecken, an Wiesenhängen. Weil sie kein Heim, kein Haus, kein Geld haben.

An den Ufern des Douro, in dem die großen Heberdampfer einlaufen, um ihre Ladung zu löschen und neue Ladung zu nehmen, liegen weit in den Fluß hinaus große, schwarze, schmale, schmale, die den Lastverkehr zwischen Ufer und Dampfern besorgen. Das ist ungeheuer zeitraubend, schwierig und teuer. Zwischen Ufer und Dampfern sind nur wenige Meter Zwischenraum; ein paar Kräne würden das Beladen und Entladen schnell, gefahrlos und billig besorgen. Aber die Portugiesen stellen keine Kräne auf. Weil an der Verladung mit Leihern viele Leute verdienen, weil ein Teil der Bevölkerung auf diesen Verdienst angewiesen ist. Der alte Kampf des Handarbeiters gegen die Maschine. In dem bisher immer die Maschine Sieger blieb. Solcher Kampf gegen die Maschine ist immer ein Zeichen für den Mangel an geistiger Entwicklung solcher maschinenstürmender Proletarier; denn es geht ja nicht für oder gegen die Maschine, sondern um den Besitz der Maschine.

Taschendiebe gibt es überall. Also auch in Portugal (obwohl im übrigen Eigentumsvergehen trotz der Armut der breiten Masse hier verhältnismäßig selten sind, wie die Statistik nachweist).

Im Gedränge beim Stierkampf im Campo Pequeno kam einem Reisegefährten die Brieftasche abhanden. Er meldete den Verlust der Polizei, und meinte: „Wenn ich nur wenigstens meine Papiere, die in der Tasche waren, wieder bekommen könnte, dann ließe sich der Verlust des Geldes immer noch verschmerzen!“

Der Polizeibeamte lächelte: „Sorgen Sie sich nicht: Sie bekommen die Papiere bestimmt wieder; wollen Sie bitte morgen vormittag nochmals anfragen!“

Am nächsten Morgen bekam der Bestohlene in der Tat seine Brieftasche — zwar ohne Geld, aber mit sämtlichen Papieren — wieder zurück. Das war kein Ausnahmefall; jeder bekommt die Brieftasche wieder zurück. Die Taschendiebe haben hier eine hübsche Methode, ihren Opfern das für die Taschendiebe selbst Wertlose, für den Bestohlenen aber oft außerordentlich Wertvolle an der Beute zuverlässig zurückzuerstatten: sie werfen die Brieftasche umgehend in den nächsten Briefkasten, von wo der Briefträger, der diese Methode bereits kennt, sie stehenden Fußes zur Polizei bringt.

Eine Stunde Eisenbahnfahrt von Lissabon entfernt, liegt die schöne Landschaft der Medaille: Cintra, der sommerliche Sammelplatz des vornehmen Lissabon. Hier haben sich die portugiesischen Könige — ehe noch im Jahre 1910 die tödlichen Schüsse auf König Carlos und seinen Sohn den Thron ins Wanken und schließlich ins Stürzen brachten — eine paradiesische Sommerresidenz der portugiesischen Großverdiener geschaffen.

Rühn und phantastisch reckt sich aus sanftem, weinbedecktem Hügelgelände plötzlich die Sierra empor; ragende, feste Felsen wuchsen erratische Blöcke. Auf dem südlichsten der Gipfel harret das alte Laurentastell ins weite, fruchtbare Land und über den Atlantis. Wie Schuppenränder jähren sich die Felsen, von denen aus vor vielen hundert Jahren die Mauern das eroberte Land beherrschten,

von Fels zu Fels. Und auf dem zweiten Gipfel, gegenüber, ist der Palast der portugiesischen Könige aufgebaut: kahl, geschmacklos, so wie Neureiche bauen, pompös, verschwendend, kostbar. Jahrelang haben die braven Untertanen Steine und Baumaterial auf den unzugänglichen Berggipfeln geschleppt, auf daß eine königliche Laune befriedigt sei. Das Laurentastell ist kahl, einfach, ein Zweckbau für kühne Fahrer, Forscher und Eroberer. Der Königspalast ist üppig, zwecklos, still, ein Lotterneß für Drogen.

Ringsum zu Füßen dieser beiden so verschiedenen Herrscher-Wahrzeichen sproßt nun und ragt und gipfelt sich eine zauberliche Vegetation: Eukalyptus, Del-, Mandel-, Lorbeerwälder und das Wunder des Gartens von Monserrate: Palmen aus allen Erdteilen, die Blumenpracht aller Zonen, alle Farben und Kuppelkellen der Tropen. Ein Zaubergarten, der einst Richard Wagners Phantasie befruchtete.

Seit die portugiesischen Könige aus diesem Paradiese vertrieben sind, hat sich das Bild etwas gewandelt: über die Serpentinstraßen schaukeln nicht mehr die königlichen Kutschen, sondern jagten die Autos. Aber immer noch nicht die Autos des Volkes, sondern jene der internationalen Millionäre. Aus dem Paradies der Könige ist das der Millionäre geworden.

Als die Pena noch von den Königen bewohnt wurde, hauste am andern Ende der Sierra ein merkwürdiges Häuflein von Menschen: die Strafmönche der überlischen Halbinsel. Zwischen riesigen Felsblöcken, in wilder Einsamkeit, fern allem Lebendigen, hatten die geistlichen Nachhaber ein Höhlensystem erbauen lassen, in das sie jene Mönche verbannen und verdammen, die wider den Stachel gelöst hatten. Unsichtbar stand über diesen Felslöchern geschrieben, was Dante über den Hölleneingang schrieb: „Licht alle Hoffnung fahren, die ihr hier eintretet!“

Ein dunkles Labyrinth von engen, düsteren Korridoren und Zellen. Die Wände bald natürlicher Fels, bald Mauerwerk, mit Korkholz verkleidet. Die Türen so eng und niedrig, daß höchstens ein dreijähriges Kind sie aufrecht durchschreiten kann. Die Felsen so eng und niedrig, daß ein erwachsener Mensch weder aufrecht darin stehen noch ausgestreckt darin liegen kann. Der gemeinsame Eßplatz: ein langer, flacher unbehauener Stein.

Wer in diesem „Kloster“ leben mußte, war lebendig begraben. Heute ist Capuchos, das Zuchthaus der Mönche, leer; so wie der königliche Palast am andern Ende der Sierra. Die Zirkulation hat heute andere Formen für Residenz und Zuchthaus gefunden. **Sein E. Sigruber.**

## Leipziger Rundfunkprogramm

Mittwoch, den 10. Oktober.

- 15,00 Uhr: Frostmeldungen. Anschließend: Für die Jugend. „Der Guckkasten“. Märchenstück in 9 Szenen nach Andersen. „Des Kaisers neue Kleider“. Von Suzanne Bach. Spielleitung: Hans Peter Schmiedel. Gestalten des Spiels: Der Bestzer des Guckkastens; zwei Buben, Georg und Geri; der König; der Reichstanzler; der Schatzmeister; der Hofmarschall; der Narr; der Kammerer (Philipp); der Weberfrüh; der Weberfranz; eine Harfenpielerin; Kusrücker; Verkäufer; Volk. Musikalische Leitung: Witz, Kettich.
- 16,30 Uhr: Konzert. Leipziger Rundfunkorchester: Witz, Kettich.
- 18,05 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamts Sachsen.
- 18,20 Uhr: Wettervorhersage, Zeitangabe und Arbeitsnachweis.
- 18,30—18,55 Uhr: Lektor Claude Grand, Gertrud van Esersen: Französisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 19,00 Uhr: Dr. F. Boekler, Leipzig: „Die Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Zürich.“
- 19,30 Uhr: Prof. Dr. Friedrich Lipkus, Leipzig: „Ferienstage in Frankreich.“
- 20,00 Uhr: Ungarischer Abend. Dirigent: Alfred Szendrei. Solist: Edith Lorand, Berlin (Violine), Werner Kopp, Berlin (Rezitationen). Das Leipziger Sinfonieorchester. 1. Béla Bartók (geb. 1881); Zweite Suite für Orchester, Op. 4: I. Commodo. — II. Allegro scherzando. — III. Andante. — IV. Commodo. 2. Dichtungen von Alexander Petöfi (gest. 1849): 1. Da steh ich inmitten der Ebene; 2. Die Ruine der Garza; 3. Eine Kuite trägt der Mönch; 4. Der ablige Magyar; 5. Anger bin ich; 6. Weltfreiheit. 3. Jend Hubay (geb. 1858): Variationen über ein ungarisches Lied, Op. 72, für Violine und Orchester, Edith Lorand. 4. Dichtungen von Andreas Vdy: 1. Das ungarische Brautlied; 2. Katrine in der Wiese; 3. Adam, wo bist du? Michael Bärtsch: Fiedle, Jäger. Ludwig Spabolci: Hamlets Brief, Franz Molnar: 1. Ritterlichkeit (Tagebuch).
- 22,00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,15 Uhr: Tanzmusik. Feuner-Freudenberg und sein Tanzorchester.

KINDER-KÖRPER  
Wappol  
FUSS-PUDER

## Soldat Suhren

721 Roman von Georg von der Brinck  
Copyright 1927 by J. M. Spoth, Berlin, Berlin

Das Spiel beginnt, unsre Müdigkeit ist verschwunden. Hinter dem Gewehr auf der Schießbank stehend, beobachten wir, wie Salve auf Salve in Abständen von Sekunden rechts hinüber auf den Abschnitt unseres ersten Zuges niederjagen, hören wir das Gejaule der Detonationen, sowie das Surren und Zwischern der in unsrer Nähe fliegenden Sprengstücke, sehen wir weißliche, graue, braune und feurige Rauchwolken aufsprahlen, aus denen sich Erdklumpen und Drahtverhaupfale in noch größere Höhe erheben, um wieder in ihnen zu verschwinden. Die Rauchmassen schieben sich, vom leisen Luftzug getrieben, ostwärts, dem feindlichen Graben zu.

Es heißt aufpassen, denn jeden Augenblick können auch wir beschossen werden. Berittene Splitter überfliegen uns und schellen etwas anzukündigen. Dies ist der Tag der Rache. Gottes Finger rührt in unser Herz, welches pocht und wartet.

Was wollen die Salven? Sie kommen jetzt seit einer Stunde. Wir zählen die Abstände zwischen ihnen nach Sekunden — diesmal waren es sieben, diesmal waren es neun.

Ich sehe nicht die Gesichter der Kameraden an, ich denke nur an die schwärende und weiterfressende Wunde in unserm Achseln. Wo sind die Leute vom ersten Zug? — Liegen sie in den Unterständen? — Unmöglich, denn diese haben nur einen halben Meter Decke. Aber wo sitzen sie? — Haben sie verwundet, Tote? — Ist es möglich, daß dort ein Angriff gemacht wird? — Und ich verirrte mich und komme zu dem unsinnigen Schluss, daß dies unmöglich ist, weil unsere Leute nicht mehr kampffähig sein können — die Russen schießen doch nicht mit Schrotkugeln!

Eben furt wieder ein ausgeschossener Splitter heran, ich habe mich geduckt. Er schwingt wie eine Fledermaus, aber lauter — und jetzt ganz langsam wie die kleine Windmühle, die ich einst in dem Nachbargarten bewunderte. Klapp! da ist er in der Grabenwand, als hätte ein Junge zum Spaß ein Messer in die Erde geschleudert, in der Erwartung, daß es aufrecht stehenbleibe. Der Splitter hat die Form eines Taschenmessers und steckt dort wie ein solches. So gleich stürzt sich Pabst darauf und will ihn sich aneignen. Doch er

verbrannt sich, „hei“, schreit er und schüttelt lachend seine Finger, bleibt aber neben dem Splitter stehen, denn er gehört ihm.

Jetzt ist auch der kleine Leutnant, der vordem nach Brause suchte, bei uns. Er legt sich neben der Schützwehr in die Ecke, legt eine geöffnete Schachtel mit Zigaretten neben sich und hält eine zwischen den Fingern. Ich habe ihn noch nie gesehen. Er ist sehr bleich und schlägt sich fortwährend die Wäse von der Uniform. Pabst hat indessen seinen Splitter erhalten lassen und herausgezogen. Der Offizier verzerrt sein Gesicht zu einem Lächeln und legt zwischen zwei Salven:

„Sehen Sie sich alle auf die Schießbänke, nur der Posten soll stehenbleiben.“

Der Posten ist Eisen. Wir folgen dem Befehl und bemühen uns, ruhig zu sitzen. Pabst kann es am wenigsten, er springt auf und berehmet, wohin der Splitter, den er hört, sich wenden wird. Hat er gesehen erst seinen Wein getrunken? Oder ist es das Eisen, was ihn reizt?

Es erregt uns alle, dies Spiel der Splitter, aber wir wenden nur die Köpfe hin und her, während Pabst mit blühenden Augen durch den Graben tanzt. Jetzt hat er seine Feldmütze in den Händen, als wolle er Krücken damit auffangen, und er läßt einen heißen Eisenstern hüpfen, der ihm das Müllensfutter ansengt. Wie ein Gaultier hebt er die Füße, seine Splitterammlung bereichert sich minütlich, und immer ist ein glühender dabei, durch den auch die erkalteten zum Hüpfen gebracht werden.

Indessen sagt der Leutnant und lächelt wieder: „Während der Champagnekasselt haben wir drei Tage seitwärts auf den Schießbänken gelegen. Es ist das Scherste.“

Er bemüht sich, gemächlich zu sprechen, aber sein Gesicht ist furchbar bleich, und immer fingert er die Wäse von der Zigarette, an der er, sobald sie seinen Fingernagel senkt, eine neue anbrennt. Wenn er es sagt, wird es wohl richtig sein! So sitzen wir wortlos. Keiner hat seine Pfeife in Brand. Man bläst auf Pabst — ich fühle, daß alle es tun, denn ich tue es ja. Nur Pabst sehe ich an, den Sammler, den Tänzer, dessen Gesicht Wäse von Schwefel überströmen, indem es lächelt.

Blötzlich fällt Eisen rücklings vom Postenstande. Wir starren ihn an, wie er gegen die Hinterwand tockelt. Seine Augen hat er geschlossen, doch die Lider zittern. Er will sie nicht öffnen, denke ich. Er blutet nicht. Dann hebt er sich vorsichtig auf die Kante, öffnet die Augen, reißt die Uniform auseinander und betrachtet

seine Brust. Bevor wir uns aufraffen, ihm beispringen, bestiegt er kopfschüttelnd den Stand.

„Sind Sie schlapp geworden?“ fragt der Leutnant zwischen zwei Salven.

Eisen brummt etwas und rückt seinen Helm wieder gerade. Und Pabst hat sogar den Splitter gefunden, den er in seine Wäse hineinklingeln ließ.

Es geht gegen Mittag, und fortwährend steht die Anhöhe rechts unter starkem Beschuß. Punkt zwölf Uhr beziehe ich den Postenstand und erblicke dort den Wald von Rauchbäumen, der ich Bewegung ist, nach links ins Hügelgelände wandert, aber sich über dem Graben des zweiten Zuges fortwährend erneuert. Vor seiner Ländurchstrahlten Wand fallen die Reste des zerstörten Drahtverhaues nieder wie spärliche schwarze Hagelstücke. Das Gewehr ist nahe — wie wird es fortgehen? Wie werde ich es überleben?

Unter mir, an die vordere Grabenwand gedrückt, sitzen die Kameraden und harren wie ich. Doch ich kenne sie nicht zu dieser Stunde, nicht Alberting, nicht Pfeiffer, nicht Klees. Ihre Gewehre sind bereit wie meine. Aber niemand ist da, uns ein Wort zu sagen, niemand ist das trockene dumpe Schweigen. Des kleinen Leutnants blaßes Gesicht verschwindet im Schatten, der Boden vor ihm ist mit Zigarettenstummeln überfüllt. Selbst Pabst ist still geworden, die bis zum Rand gefüllte Mütze liegt neben ihm. Aber immer noch sind glühende Splitter auf ihren verwirrtten Flugbahnen unterwegs. Die Ballons drüben glühen wie gerötete Kastanien und scheinen fortwährend zu wachsen, zu schwellen; sie werden gelb, werden weiß und wieder gelb und scheinen geradeswegs in mein Gesicht zu schweben.

Wöglich überkommt mich ein starker Hunger, ich habe seit Mitternacht nichts gegessen. Einer tritt an meine Stelle, und ich kriech auf zitternden Armen in unseren Unterstand. Ich öffne das Paket, nehme Marmelade heraus und bestreiche ein Brot. Da ertönen harte Schläge — ganz in der Nähe sind Granaten eingeschlagen. Im Graben gibt es ein Gerenne, durch das Kriegsschiffe ich, daß alle aufgesprungen sind und sich hinter die Schützwehr geflüchtet haben. Feldwebel Engelke ist bei ihnen, er hat ein kirchliches Gesicht und gestikuliert, eine Weinflasche in der Hand. Nur der Leutnant sitzt noch auf seinem Platz, unbeteiligt und wie ein Kranker.

(Fortsetzung folgt.)

## Der Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Genossenschaften

Die schon in den Inflationsjahren in Angriff genommenen Bestrebungen, den Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Verband der Raiffeisengenossenschaften in geeigneter Form zu einer Zusammenarbeit zu bringen, erfuhren einen kräftigen Antrieb durch den Erlaß des landwirtschaftlichen Notprogramms, in dem 20 Millionen Mark für die Durchführung der Sanierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zur Verfügung gestellt wurden. Die seit jener Zeit eingeleiteten Verhandlungen zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden sind jetzt zu einem Abschluß gebracht worden, so daß nunmehr ein Ueberblick über das bisher Erreichte gewonnen werden kann.

War ursprünglich nur eine Sanierung geplant, so mußten die Arbeiten sehr bald auf die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgedehnt werden. Sehr bald stellte sich auch heraus, daß der Weg der Verhandlung von Spitzenverband zu Spitzenverband nicht geeignet sein konnte, den Zusammenschluß, der eine Voraussetzung der Sanierung bildet, zu fördern. Deshalb wurden regionale Verhandlungen zwischen den einzelnen Unterverbänden eingeleitet, bei denen auf die verschiedenen wirtschaftliche und soziologische Struktur in den einzelnen Wirtschaftsgebieten des Reichs entsprechend Rücksicht genommen werden konnte.

Erschwerend traten weiter organisatorische und finanzielle Verschiedenheiten, sogar Gegensätze in Erscheinung. Während z. B. die Genossenschaften des Raiffeisenverbandes sehr stark organisiert sind, ist die Gliederung laager bei den Genossenschaften des Reichslandbundes. Der finanzielle Status ist bei den einzelnen Kategorien, wie auch in einzelnen Gegenden, ganz verschieden. Die Genossenschaftsorganisation des Raiffeisenverbandes hat in sich eine eigene Bank, die erhebliche Verluste erlitten hatte, nämlich die Raiffeisenbank, deren Aktionäre die einzelnen zu sanierenden Genossenschaften sind.

Es handelt sich bei dem Zusammenschluß um rund 19 500 Kreditgenossenschaften, darunter 13 121 vom Reichsverband, 6104 vom Raiffeisenverband, 123 vom Reichslandbund, 16 800 Warengenossenschaften, darunter 12 800 vom Reichsverband, 2650 vom Raiffeisenverband und 802 vom Reichslandbund.

Im Fortlauf der regionalen Verhandlungen, mit denen parallel die Verhandlungen der Spitzenverbände weitergeführt wurden, konnte allmählich das Ausmaß der notwendigen Rationalisierung und der Umfang der zur Sanierung notwendigen Mittel bei den Genossenschaften des Reichsverbandes und des Reichslandbundes festgestellt werden. Der Reichslandbund erklärte sich bereit, dem Übergang seiner Genossenschaften auf den Reichsverband keine Zustimmung zu geben und mit einem Betrage von annähernd 5 Millionen Mark sich an der Sanierung zu beteiligen, wobei die restierenden Verluste gemeinsam von Reich, Preußen und Preußentasse übernommen werden sollen.

Es darf also gesagt werden, daß der Zusammenschluß der Landbundgenossenschaften mit denen des Reichsverbandes an sich grundsätzlich perfekt ist. Die Schwierigkeiten liegen jetzt noch bei dem Raiffeisenverband. Wohl sind nunmehr die Verluste der Raiffeisenbank festgestellt; da aber, die einzelnen Genossenschaften Aktionäre der Bank sind, so muß noch ermittelt werden, inwieweit die einzelnen Genossenschaften mit Rücksicht auf ihre finanzielle Lage und ihre Funktionen sich an der Dedung der Verluste beteiligen können. Diese Erhebungen gestalten sich äußerst schwierig, da bis ins Einzelne gehende individuelle Feststellungen getroffen werden müssen. Man bedenke, daß in den Gegenden, in denen die Raiffeisengenossenschaften vertreten sind, oft ganze Dörfer usw. Mitglieder der Genossenschaft sind, die in der Mehrzahl der Fälle unbeschränkte Haftung haben. Diese Erhebungen werden von dem Zusammenschlußfreundlichen Raiffeisenverband mit größter Be-

schleunigung geführt, erfordern aber naturgemäß viel Zeit. Erst wenn diese Ergebnisse vorliegen, kann über das Schicksal der Raiffeisenbank entschieden werden, wobei jetzt schon gelagt werden kann, daß sich die Selbständigkeit der Bank nicht wird aufrechterhalten lassen. Aufnahmearbeit der Raiffeisengenossenschaften wird auch nach Ansicht der öffentlichen Stellen der Reichsverband sein.

Es ergibt sich also, daß der Zusammenschluß in großen Zügen als direkt bevorstehend bezeichnet werden kann. Grundsätzlich herrscht Uebereinstimmung. Die Termine des eigentlichen Zusammenschlusses werden bestimmt durch den Abschluß der Erhebungen bei den Raiffeisengenossenschaften.

### Der Einheitsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften

würde nach erfolgtem Zusammenschluß in sich bergen 38 000 Genossenschaften und damit den ersten Platz unter allen europäischen Genossenschaftsverbänden einnehmen. Dieser zentralisierte Verband muß und wird in der Lage sein, durch nachdrücklichste Förderung und Ausbau genossenschaftlicher Verwertung die Abstraktion der deutschen Landwirtschaft zu beheben.

## Der Siegeszug des Kapitalismus

### Industrialisierung im tropischen Afrika

Die Industrialisierung der Welt macht von Jahr zu Jahr größere Fortschritte. Sie ist eine Art Naturprozess, der nicht aufzuhalten ist. Besonders im letzten Jahrzehnt, gefördert durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse, hat sie ein beschleunigtes Tempo angenommen. Es ist heute schließlich auch dem weniger Interessierten bekannt, daß Indien, China, Südamerika einen mehr oder minder rapiden Industrialisierungsprozess durchmachen. Doch man heute aber auch von einer Industrie im tropischen Afrika sprechen kann, dürfte erst wenigen bekannt sein.

Noch vor kurzem war Afrika der „dunkle Erdteil“, von dessen Innerem man sehr wenig wußte. Unsere Väter waren Zeitgenossen der „Entschiebung“ dieses Erdteils. Zu ihrer Zeit bedeuteten die Namen eines Livingstone, Stanley, Schweinfurth, Nachtigal, Emin Pascha daselbst, was uns heute Sven Hedin, Nansen, Amundsen sind. Wo noch vor kurzem die Pioniere und Entdecker sich mühsam durch Urwälder Bahn brechen mußten, wo sie unter allerlei Mühsalen und Gefahren um ihr Leben kämpften, da pleißt heute das Dampftrug, da fährt man heute auf wohlgebahnten Straßen mitten durch den Urwald im Auto, da kreuzen über den Köpfen der Eingeborenen Flugzeuge. Inmitten des afrikanischen Kontinents erstreckt ein Industriegebiet, wie das von Katananga im südlichen Kongo, das man das „Kupferrevier Afrikas“ genannt hat und das andere „als eines der wichtigsten Industrie- und Urzeugungsländer der Zukunft und der ganzen Erde“ bezeichnet hat.

Ja, Afrika, das dreimal so groß ist wie Europa, ist ein reicher Erdteil, eines der großen Zukunftsgebiete der Erde. Deshalb ist es für die europäische Kampftruppe des Weltproletariats wichtig, rechtzeitig diesen neuen Kampfplatz in der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital in seiner Bedeutung kennenzulernen. Eines der Mittel hierzu ist das unlängst erschienene Werk „Moderne Industrien im tropischen Afrika“ von Müller-Ring\*. Das Buch ist von einem bürgerlichen Verfasser geschrieben, der nur die Absicht hatte, eine möglichst genaue Zustandsschilderung zu geben. Dem soziologischen Geschulten aber bietet es weit mehr als eine bloße Tatsachenaufzählung; denn die Frage der Industrialisierung der afrikanischen Tropen ist in erster Linie eine Arbeiterfrage im vollsten Sinne des Wortes.

\* Müller-Ring: „Moderne Industrien im tropischen Afrika“, Geographische Schriften, Heft 3, Verlag B. G. Teubner, Leipzig.

Wie ein roter Faden zieht sich durch das Werk des Verfassers das Problem der Beschaffung und Erhaltung der Arbeitskräfte zur Inangabe und Aufrechterhaltung von Industriebetrieben in Gebieten, wo nur Eingeborene auf die Dauer zu arbeiten in der Lage sind, weil weiße Arbeiter dieses Klima nicht vertragen können. „Die Arbeiterfrage spielt in den afrikanischen Tropen eine entscheidende Rolle für das Wirtschaftsleben“, sagt mit Recht der Verfasser. Er fügt aber gleich als typischer bürgerlicher Gelehrter hinzu:

„Sie ist hier nicht, wie in den Industrieländern, im wesentlichen eine soziale Frage, sondern eine solche der Versorgung der wirtschaftlichen Unternehmungen mit den nötigen eingeborenen Arbeitskräften.“

Und an einer weiteren Stelle heißt es naiv:

„Deshalb ist für den Eingeborenen der Anreiz zu freiwilliger Arbeitsleistung im Dienst des Europäers nur gering. Es ist Aufgabe des weisen Mannes, ihn allmählich zur regelmäßigen Arbeit zu erziehen. Vorläufig wird er eines gewissen Zwanges nicht entraten können.“

Hier haben wir die ganze typische Ideologie des Bürgertums: der Weiße die gottgewollte Vorrechte des Eingeborenen. Man darf sich aber durch diese Darlegungen des Verfassers nicht betören lassen; denn im übrigen enthält das Buch sehr viel Wissenswertes auch für den modernen klassenbewußten Arbeiter. Die verschiedenen mehr oder minder entwickelten Industriezweige des tropischen Afrikas werden mit seltener Vollständigkeit geschildert. Besonders ausführlich und wertvoll ist beispielsweise die Palmölindustrie, die ja als sogenannte Aufbereitungsindustrie die Lieferantin des Halbfabrikats für die europäischen Margarine-, Seifen- und Kerzenfabriken ist. Neuerdings wird das Palmöl sogar als Betriebsstoff der Dampfmotoren verwendet. Es wird also verständlich, warum die Delpalmkultur und die Palmölindustrie immer größere Dimensionen annehmen. Daher muß aber zum mindesten die berufene Vertretung des internationalen Proletariats in jedem Lande wissen, unter welchen Bedingungen die Produktion so wichtiger Stoffe stattfindet.

Zu den wichtigsten industriellen Betätigungen im tropischen Afrika gehört der Bergbau. Zwar ist Afrika hinsichtlich seiner Naturschätze noch recht wenig erforscht. Trotzdem weiß man, daß es doch nicht so arm daran ist, wie man eine Zeitlang aus Unkenntnis geglaubt hat. Es mag zunächst ganz davon abgesehen werden, daß Afrika der Erde ist, der die bei weitem größten Wasserkraften auf dem ganzen Erdenrund enthält. Er ist aber auch reich an metallischen Schätzen: Gold, Kupfer, Radium, Zinn, Eisen. Manches davon wird abgebaut, besonders die Kupfererze Katananga. Hier sind im Jahre 1925 schon nahezu 100 000 Tonnen Schwarzkupfer produziert worden. Hier waren um dieselbe Zeit 1500 Weiße und 14 000 Eingeborene beschäftigt, darunter 5180 rhodesische Wandarbeiter, die man als die Pioniere des zukünftigen afrikanischen Industrieproletariats ansprechen könnte. Aus dem Klassengegenatz, zu dem sich naturgemäß Rassengegenätze gesellen, erwachsen die sozialen und nationalen Kämpfe der Zukunft. In diesen Kämpfen kann der moderne europäische Arbeiter nicht als Unbeteiligter vorübergehen; denn auch in Afrika wird um die Zukunft des Weltproletariats gerungen. Gerade im Zeitalter der Kolonialdebatten auf sozialistischen Kongressen ist die genaue Beachtung aller sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen in so wichtigen Gebieten wie Zentralafrika von größter Wichtigkeit. Erst dann auch kann man aus eigener Kenntnis Beschlüsse in Kolonialfragen auf ihre Stief- und Stiefstiefheit prüfen.

M. Schön.

**Chlorodont** beseitigt läßlichen Mundgeruch und häßlich gefärbten Zahnelbelag

# TTYP 4

Typ 4, die neue, außergewöhnliche 4 Pl. Zigarette ist das Ergebnis des ständig steigenden Umsatzes in Greiling-Zigaretten und der Einführung von immer besseren Arbeitsmethoden. Ausgesuchte Xanthi-Samsun-Tabake sind zu einer ganz hervorragenden Mischung vereint worden. Von Be-



deutung ist, daß diese Marke auch mit dem neuen, gesetzl. gesch. Edelweiss-Mundstück geliefert wird, das bisher nur den Greiling-Zigaretten der höheren Preislage vorbehalten war. Keiner Zigarettenfabrik in Deutschland ist es möglich, diese Zigarette nachzuahmen.

# GREILLING

Herr Hundertmal-zehntausend

Eine buddhistische Malerlegende.

Von einem der größten Maler aller Zeiten, von Hyaku-Man, wird eine sehr schöne eigenartige Legende erzählt.

Es bestand die Absicht, einen neuen Tempel zu errichten und alle Steuern nach ihren Kräften und Mitteln Gaben dazu bei.

Nun wurden die Mauern des Tempels errichtet, und die innere Ausschmückung sollte vorgenommen werden, doch es mangelte an Geld.

Nachdem der Maler sich etwas erholt hatte, setzte er sich, in Lumpen gekleidet, wie ein elender Bettler anzusehen, auf den Boden der Kirche.

Als nun noch wenige Tage an dem Monat fehlten, den der Maler sich als Aufschub erbitten hatte, schickte ihm auch keine große Summe mehr an der versprochenen Million.

Das Sojo wandte sich zu dem verflochtenen Meister: „Nenne mir, Gottbegnadeter, deinen Namen, damit ich ihn dem Kaiser mitteilen kann.“

Hyaku-Man hörte und sah nicht. Er zählte das in der Börse enthaltene Geld.

Jetzt war der Künstler mit Fäden fertig geworden; er hatte die versprochene Million zusammengebracht.

Auch sonst werden allerlei Anekdoten aus dem Leben dieses großen Künstlers erzählt, darunter eine von seiner Teilnahme an einem Wettbewerb im Malen, in dem er — trotz seiner Kunst — unterlag.

Bei einem Spaziergang kam er eines Tages durch ein Dorf, in dem die Dorfjugend sich zu einem lustigen Spiel vereinigt hatte.

Der andere aber hielt ihn zurück. „Trink noch nicht, warte noch! Wir hatten abgemacht, daß eine Schlange gezeichnet werden sollte, aber du hast sie mit Fingern und Klauen abgebildet.“

„Das stimmt, ich habe eine Schlange unter einem Reishäuschen gezeichnet.“

„Aber du hast mit diesem Gefährte doch auch keine Schlange gezeichnet, das sieht ja aus wie ein Reishäuschen.“

„Und ehe noch Hyaku-Man sich von seiner Überraschung erholen konnte, hatte der Bauer schon den Weinstock an den Mund gesetzt und sich an dem herrlichen Trunk gelabt.“

Leipziger Konzert-Probleme

Die Abnahme der Konzertveranstaltungen ist zu Beginn der Saison dieses Jahres noch offenkundiger als im Vorjahre.

faktor kommt das Institut in Betracht, denn mit den Konzerten in der heutigen Form können sich ein Duzend Veranstaltungen anderer kleinerer Städte vorteilhaft vergleichen, mit lockenderen Programmen, mit besserer Organisation.

Die beiden Solistenkonzerte der letzten Woche hatten nicht über mangelnden Besuch zu klagen.

Matteo spielte auf einer berühmten Geige, die ebenso alt ist wie die Musik, die Ramin spielte, einem edel voll und zart klingenden Instrument.

Im Konservatorium begannen die hübschen Vortragsabende, die für den musikalischen Nachwuchs wichtig sind.

Kleine Chronik

Die Arbeiterjugend singt. Die 1. Veranstaltung des Jugendpartells der Leipziger Arbeiterschaft für das Winterhalbjahr 1928 und 1929 war ein originelles Ereignis.

Die Regimentskinder. Zimmer wieder spähig, bei der lebendigen Vorführung zu sehen, wie dieses Weichnachtsmärchen für Kinder, neunzig Jahre alt, noch immer ein volles Haus bringt.

Der sechzigjährige Maler Stevogt. Es ist beinahe unmöglich, in einigen Sätzen den Reichtum und die Fülle des Stevogtschen Talentes in seiner Gesamtheit zu erfassen.

großen Berliner Ausstellungen, die anlässlich seines sechzigsten Geburtstages veranstaltet werden, noch gesprochen werden.

Der falsche Max

Da sich die Menschen im Gegensatz zu dem Tier, das die Sonne nicht scheut, daran gewöhnt haben, die Augenblicke ihrer liebsten Vereingung in die Nacht und in Dunkel und Dämmerung sorglich verschlossener Räume zu verlegen, hat die Phantasie der Dichter sich von altersher auf das fesselnde und pikante Gebiet der unter solchen Umständen, wo nicht allzu wahrscheinlichen, so doch immerhin möglichen Irrtümer über die Person des Liebespartners gestürzt.

Die Rechte des reichen Herrn Coste in einem französischen Provinzialstädtchen hätte vor jenem Schweizer Gericht aber gewiß kein Glück gehabt, denn sie hat gar nicht erst gefragt, ob es der richtige Max sei, sondern den Schlächtergesellen Leguerche nur stumm in ihr Zimmer gezogen und die ganze Nacht nicht von sich gelassen.

Am peinlichsten an der Sache ist die Verbeugung, die der zu diesem Zwecke auch nach Leipzig gekilte, überaus geschickte und nachstens fünfjährige Autor vor der Courts-Mahler-Phantastie seines Publikums macht.

Am peinlichsten an der Sache ist die Verbeugung, die der zu diesem Zwecke auch nach Leipzig gekilte, überaus geschickte und nachstens fünfjährige Autor vor der Courts-Mahler-Phantastie seines Publikums macht.

Raisers Gedankenkonstruktion dieser Ritterlichkeit auf Kosten anderer ist auf der Bühne gewiß hinlänglich amüsanter. Sie ist auch in Berlin durchaus erfolgreich und keineswegs abgelehnt, wie irrtümlich vor kurzem gemeldet wurde.

Auch die hinreißende Amüsantheit des Abends wurde wohl zunächst ihm und seinem Interpreten Robert Mepp verdankt. Trotz seiner theoretischen Sympathie für die anderen hat Kaisers theatralischer Instinkt dem Schlächtergesellen die beste Rolle geschrieben.

Altes Theater. Es wird darauf hingewiesen, daß der Vorkauf für die am 18. Oktober beginnenden Gastspiele von Max Fallenberg als Soldat Schweiß so stark eingeleitet hat, daß dringend empfohlen wird, von weiteren schriftlichen Bestellungen abzusehen und die Karten in den bekannten Vorverkaufsstellen zu entnehmen.





Gottes unerforschlicher Ratsschluss

Am offenen Grabe war der Sarg aufgebahrt, und der Pfarrer öffnete den Mund, um dem Ermordeten die Totenrede zu halten. Die Rede war so effektiv, daß die unglückliche Witwe des Ermordeten aus einer Ohnmacht in die andere fiel, denn wie so viele Priester, verstand es der Pfarrer ausgezeichnet, immer wieder in der schmerzenden Seelenwunde der Hinterbliebenen zu wühlen. Was man eine schöne Leichenpredigt nennt. Aber jedem für sein Geld, was ihm schmeckt, und wer dem Pfarrer 20 bis 50 Mark (je nach der Begräbniskasse, die eine Bestklasse ist) für den geistlichen Zuspruch am Grabe bezahlt, darf eine Gegenleistung verlangen. Das also ist eine Sache der Anschauung, des Geschmacks, der Intelligenz, des Geldbeutels, und angesichts eines offenen Grabes mag man nicht darüber diskutieren. Aber über das, was der Pfarrer in seiner Totenpredigt sagte, muß gesprochen werden, denn infolge der Öffentlichkeit des Friedhofes dringt es über den Kreis derer hinaus, die ihn für seine geistliche Rede nach Taxifahrt entlohnen. Sie wird öffentlich und stellt sich selbst zur Diskussion.

Der Pfarrer sagt, daß es Gott in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen habe, den Ermordeten aus dieser Zeitlichkeit in die Ewigkeit abzurufen, und daß er der irdischen Gerechtigkeit (wozu ein Jürgens, ein Staatsanwaltschaftsrat Jakob, ein mustiklaender Landgerichtsrat in Rudolstadt u. a. gehören) bald gelingen möge, den verruchten Mörder der verdienten Bestrafung zuzuführen. Anschließend predigte der Pfarrer über das Bibelwort des Propheten Jeremia: „Ich habe dich einen Augenblick verlassen.“

Ein paar hundert Menschen hörten sich diese Rede des Geistlichen an, und da danach auch nicht ein einziger aus der Kirche ausgetreten ist, muß man feststellen, daß die Herrschaft der Kirche nicht nur vom Willen der Priester, sondern noch mehr von der Denkfähigkeit und von der Unwissenheit der Gläubigen abhängt. Denn der größte Feind der Kirche hätte die Unmöglichkeit des Gottesglaubens nicht schärfer beweisen können, als es dieser Pfarrer tat, und doch hat er nicht einen einzigen Gläubigen verloren.

Was ist das denn für ein Gott, der nach dem Wort seiner Priester allmächtig und allweise ist, und der trotzdem seinen Gläubigen „einen Augenblick verlassen“ hat, so daß gerade in dem unwachenden Augenblick der Gläubige ermordet werden konnte? Reicht seine Kraft nicht aus, jeden Augenblick für den Gläubigen zu sorgen? Dann kann er doch nicht allmächtig und allweise sein, von der Allgüte ganz zu schweigen. Denn ein wirklich gütiger Gott läßt seinem Menschen, am allerwenigsten seinen Gläubigen ein Leid geschehen.

Noch mehr aber hat sich der Pfarrer mit seinem Wort vom „unerforschlichen Ratsschlusse Gottes“ widerlegt. Wenn ich an einen allmächtigen Gott glaube, muß ich zweifellos auch glauben, daß er die Geschichte seiner Geschöpfe bestimmt. Meinethwegen auch unerforschlich, das heißt für die Einsicht der Menschen nicht verständlich. Ich könnte also wohl hinnehmen, daß Gott in seinem Ratsschlusse die gemeine Ermordung eines Menschen bestimmt, selbst wenn ich das als alles andere als „allgütig“ empfinde. Folgerichtig wäre nach christlichem Glauben der Mörder also ein Werkzeug göttlichen Willens. Wäre also unfrei im eigenen Willen. Ja, wie kann dann aber ein gottgläubiger Pfarrer die Bestrafung des Mörders verlangen. Der Mörder hat doch nur als Werkzeug des unerforschlichen göttlichen Ratsschlusses gemordet, genau so wie der Ermordete in Verfolg dieses Ratsschlusses ermordet wurde.

Diese Schlussfolgerung müßte ich folgerichtig ziehen, wenn ich noch Anhänger dieses Gottesglaubens der Pfarrer wäre. Es gibt keine andere logische Lösung. Damit würde ich mich allerdings als Mitglied der Kirche unmöglich gemacht haben, denn ich hätte ihr ein vernichtendes Urteil gesprochen. Aus Gründen geistiger und charakterlicher Sauberkeit müßte ich austreten, wenn ich mich nicht des Anzugs schuldig machen will, ein höchst kümmerliches menschliches Gedankenwerk „göttlich“ zu nennen. Und bei meinem Austritte würde ich dem Pfarrer sagen, daß er mir keinen Gott beweisen kann, der sich bis heute noch nicht einmal seinen Priestern so einwandfrei bewiesen hat, daß sie mit logischer Selbstverständlichkeit von ihm zeugen könnten.

Protus.

Lebenshaltung und Nachwuchs

Die Nachwuchsziffer sinkt in unserm Volke ganz bedeutend. Wir können dieses Sinken am besten erkennen, wenn wir den Geburtenrückgang in Deutschland mit dem anderer Länder vergleichen. Wir finden im Zentralblatt für Gynäkologie eine derartige Gegenüberstellung. Danach kommen auf 1000 verheiratete, im geschlechtsreifen Alter stehende Frauen in Spanien 284, in Italien 250, in Holland 230, in Dänemark 181, in der Schweiz 175, in Schweden 170, in Belgien 160 und in England 148 Kinder, während in Deutschland auf 1000 verheiratete Frauen nur 146 Kinder kommen. In Frankreich ist die Ziffer mit 140,7 allerdings noch niedriger.

Auch die Nachwuchsziffer kann eine Krisenziffer werden, denn ein beschleunigter Nachwuchs ist in einem gesunden Volke erforderlich. Doch soll man von dem früheren Grundsatze lassen, der da fordert: Kinder um jeden Preis, Nachwuchs unter allen Umständen, gleich unter welchen Verhältnissen der Nachwuchs aufwächst. Eine gesunde Entwicklung des Nachwuchses hängt von der sozialen Gestaltung der Verhältnisse ab.

Sind diese sozialen Lebensbedingungen aber erst einmal geschaffen, dann wird alle Sorge um den Nachwuchs von selber überflüssig sein, genau so, als dann jede Propaganda für Volksvermehrung überflüssig ist.

Deshalb trifft die genannte Zeitschrift auch des Pudels Kern, wenn sie statt des üblichen Kamentierens verlangt, daß die Lebensverhältnisse sozialer werden. Vor allem wird der Abbau der Zölle, die Verbesserung der Lebenshaltung und der soziale Ausbau der Wohnungspolitik verlangt.

Das ist das, was wir schon seit Jahrzehnten im Interesse der Gesundheit der Volkströme verlangen haben, und das jetzt, da die Zahlen eine so ernste Sprache reden, auch von wissenschaftlicher Seite als notwendige Voraussetzung erkannt wird.

Schulgelderhöhung - Schulgeldstaffelung

Von Johannes Lang.

Entsprechend dem Vorgehen des Staates ist den Stadtverordneten eine Vorlage des Rates vom 15. September 1928 zugegangen, die unter Wegfall der Büchereibeiträge sowie der Beiträge zum Werkunterricht und zu den freiwilligen Schülerübungen mit Wirkung vom 1. Oktober eine Erhöhung des Schulgeldes fordert an den höheren Schulen von 120 Mk. auf 180 Mk. und an den höheren Berufsschulen von 96 Mk. auf 144 Mk. jährlich.

Nach den Ansätzen im Haushaltsplan 1928 betragen für das Haushaltsjahr 1928 die Einnahmen aus Schulgeld, Aufnahme- und Abgangsgebühren sowie aus den Sonderbeiträgen 1 557 000 Mark. Für sie müßte bei Einführung der vollen Unentgeltlichkeit des Unterrichts Ersatz geschaffen werden. Das ist gegenwärtig unmöglich. Außerdem würde niemals eine Zustimmung des Rates zu erlangen sein, und jede Entscheidung der Gemeindegemeinschaft obendrein gegen die Stadtverordneten ausfallen.

Aber man kann die Schulgelderhöhung nach Einkommen und Kinderzahl abtufen, also durch eine Schulgeldstaffelung die Schulgelddragern in sozialer Sinne lösen. Bereits am 13. Februar und wiederholt am 8. Oktober 1924 stellte die sozialdemokratische Fraktion eingehend ausgearbeitete Anträge. Sie wurden von den bürgerlichen Parteien, die ja bis Ende 1928 die Mehrheit hatten, geschlossen abgelehnt und ebenso vom Rate bekämpft. Als der Rat am 16. Juni 1926 den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitete, das Schulgeld an den höheren Schulen auf 156 Mk., an den höheren Berufsschulen auf 132 Mk. zu erhöhen, lehnten die Stadtverordneten am 2. Juli die Vorlage ab und erließen den Rat um eine Vorlage über Stafflung des Schulgeldes unter Zugrundelegung erneut eingebrachter sozialdemokratischer Anträge. Am 19. Oktober legte der Rat eine Vorlage vor. Die Vorlage wurde am 18. November mit sozialdemokratischen Verbesserungsanträgen durch eine Zufallsmehrheit angenommen, am 22. Dezember, in der letzten Sitzung mit bürgerlicher Mehrheit, aber auf eine Rückäußerung des Rates mit 35 bürgerlichen Stimmen gegen 34 Stimmen der Linken wieder abgelehnt. Am 12. März und 17. Dezember 1924 und 2. Juli 1926 wurde beschlossen, Regierung und Landtag zu bitten, eine künftige Regelung für das Land im Sinne der sozialdemokratischen Anträge vorzunehmen.

Nach den veränderten Mehrheitsverhältnissen im Stadtverordnetenkollegium wudren am 23. März 1927 von der Linkenmehrheit Anträge der sozialdemokratischen Fraktion auf Schulgeld-

staffelung angenommen und der Rat ersucht, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage unter Zugrundelegung dieser Anträge zugehen zu lassen. Der Rat unterbreitete darauf am 5. September den Stadtverordneten eine gegen die Anträge stark abgeänderte Vorlage, da sich nach seinen Berechnungen durch die sozialdemokratischen Anträge eine Mindereinnahme von 70 000 Mark ergeben hätte, zu denen noch ein erhöhter Verwaltungsaufwand von 25 000 Mark träte. Die Vorlage wurde am 28. September 1927 mit sozialdemokratischen Verbesserungsanträgen angenommen. Der Rat trat auf diesen Verbesserungsanträgen nicht bei, da er immer noch eine Mindereinnahme von 36 000 Mark und einen erhöhten Verwaltungsaufwand von 20 000 Mark herausrechnete. Darauf beschloßen die Stadtverordneten am 4. November, das Einigungsverfahren gemäß § 34 Abs. 3 GO einzuleiten.

Die Einigungsverhandlungen zwischen Rat und Stadtverordneten zogen sich bis zum März 1928 hin. Hierbei suchte der Rat seine eigene Vorlage noch zu verschlechtern. Während nach der Vorlage allen Schülern bis zur Leistungsjenur II b die Vorteile der Stafflung gewährt werden sollten, vertrat der Rat plötzlich die Forderung, daß die II als Mindestleistungsjenur genommen werden müßte. Er fand ferner den Satz von 240 Mark für die Einkommen über 10 000 Mark zu hoch und wollte nur bis 192 Mark gehen. Außerdem wendete er sich gegen eine Schonungsbestimmung, nach der es für alle Schüler, die gegenwärtig die höhere Schule oder höhere Berufsschule besuchen, soweit ihre Leistungsjenur unter II b liegt, bei den zur Zeit geltenden Sätzen bleiben sollte. So scheiterten die Einigungsverhandlungen.

Nun beschloßen die Stadtverordneten, eine Entscheidung der Gemeindegemeinschaft herbeizuführen. Um der Gemeindegemeinschaft die Ablehnung der Schulgeldstaffelung nicht allzuleicht zu machen, mußte die vom Rat errechnete „Mindereinnahme“ ausgemerzt werden. Der so zustandgekommene Einigungsvorschlag ist gewiß keine ideale Lösung der Schulgeldfrage. Aber vor allem mußte die Bestimmung über Leistungsjenur verschwinden und eine noch günstigere Stafflung vorgenommen werden. Die Einigungsvorschläge bedeuten gegenüber den jetzt geltenden Bestimmungen einen gewaltigen Schritt nach vorwärts zur weiteren sozialen Ausgestaltung unseres Schulwesens.

Wie der Einigungsvorschlag im einzelnen gestaltet ist, werden wir in einem zweiten Artikel darlegen.

Programm der Leipziger Woche

Leipzig wiebt für den Verkehr

Es wird beleuchtet. — Lichtschau und Schaufensterwettbewerb. — Münchner Oktoberfest in Leipzig. — Die seriösen Dinge. — Feiern und Nummel. — Der Oberbürgermeister darf wieder reden. — Einige Kleinigkeiten.

Die ganze Entwicklung des Kapitalismus, die zunehmende Konkurrenz führt zu immer neuen Formen des Wettbewerbs. Es konkurrieren nicht mehr allein die einzelnen Kapitalisten derselben Branche miteinander, sondern der Kampf um den Käufer wird auch von den verschiedenen Branchen untereinander in der erbittertesten Gegnerschaft durchgeführt. In den Zeiten des Völkerveruns kämpfen hierbei die Wirtschaftskörper der einzelnen Staaten ebenso gegeneinander, wie einzelne Wirtschaftsgebiete innerhalb desselben Staates. Kennzeichnend für die Entwicklung ist es, daß es auch einzelne Städte nicht an Bemühungen haben fehlen lassen, für sich und ihre „Stadtwirtschaft“ die Wettbewerbsmittel zu rühren. Zu diesen Voranstaltungen ist auch die Leipziger Woche zu rechnen.

Die Leipziger Woche soll die Aufgabe haben, für Leipzig innerhalb eines Umkreises von ungefähr einhundertzwanzig Kilometer werben zu wirken, ist also ein mitteldeutsches Gegenstück zu der im Reichsmagazine ausgegebenen Parole „Jeder einmal in Berlin“, die das Verkehrsamt der Reichshauptstadt mit viel Geschick propagiert hat. Das äußere Bild der Stadt soll durch einen Schaufensterwettbewerb und durch eine nächtliche Beleuchtung sämtlicher öffentlicher und aller sonstigen großen Gebäude, sowie der Auslagen ausgeschmückt werden. Die Lichtschau erstreckt sich vor allem auf die Kirchen und Amtsgebäude, dann das Volkshaus, das Reichsgericht, den Mendeburgen, den Springbrunnen des Schwanenteiches, dann auf das Connemacher Kreuz. Neben dieser Beleuchtung rechnet man auch auf ein Lichtmeer in der Zeit nach dem Abendessens. Der Augustusplatz, die Grimmaische, der Neumarkt werden, ebenso wie auch die übrigen Geschäftsstraßen in besonders hellem und strahlendem Lichte erscheinen, während die Petersstraße durch die vielen in Bau befindlichen Straßen hier etwas zurücktreten wird. Als besondere Attraktion plant man eine Anleuchtung des Völkerschlagdenkmals und rechnet gerade dadurch, zahlreiche Kriegervereine und sonstigen Spießer zum Besuch Leipzigs anzureizen. (Im Hintergrund spielt hier wohl der Gedanke an die touristische Sehenswürdigkeit des von innen beleuchteten Heidelberger Schlosses eine Rolle. . .)

Durch diese Beleuchtung soll die Bevölkerung erst einmal auf die Beine gebracht werden und in den beleuchteten Ladenfenstern soll dann der Schaufensterwettbewerb zur besonderen Geltung und Beachtung gelangen. (Durch eine verhältnismäßig niedrige Gebühr will man zur zahlreichen Beteiligung an dieser Konkurrenz bewegen.) Da die Kunst der Dekoration und der Auslagengestaltung in den letzten Jahren tatsächlich mächtige Anregungen erhalten hat, kann man gerade von diesem Teil der Leipziger Woche viel erwarten.

Um die Lichtpropaganda und den Schaufensterwettbewerb dreht sich nun die ganze übrige Leipziger Woche, die natürlich keine sozialpolitische Angelegenheit allein, sondern vor allem eine Geschäftssache angeht ist. Um nun die auswärtigen Käufer erst einmal nach Leipzig zu bringen, hat man ein reiches Programm von Attraktionen zu arrangieren versucht. Es muß „was los sein“, sonst kommen die Käufer nicht in die Großstadt. „Die Sache muß sich lohnen“, vor allem auf dem Gebiete der Vergnügungen. Nur wenn diese Gewißheit gegeben ist, riskieren viele die immerhin kostspielige und beschwerliche Fahrt.

Was lohnt es sich? An erster Stelle steht eine Attraktion sondergleichen, für Mitteldeutschland der Schläger aller Schläger: eine „Leipziger Wochenschau“ am kleinen Neßplatz. Aber Sie werden vielleicht etwas enttäuscht sein? Die Bezeichnung wird Ihnen etwas nichtsagend vorkommen? Stimmt, ist auch vollkommen verschwindend gegenüber dem, was wirklich beachtenswert ist: Man will für die Leipziger Woche das Münchner Oktober-

fest nach hier verpflanzen. Zwar sollen nicht die Verkaufsbuden herkommen, man hat aber die Absicht, die ganzen Schau-buden nach Leipzig kommen zu lassen. Man rechnet, und wohl nicht unrecht, daß die Aussicht auf diese „Fest“ ihre Wirkung nicht verfehlen wird, daß man — mit anderen Worten — mit dem für ein paar Tage nach Mitteldeutschland verpflanzten Münchner Oktoberfest-Nummel viele „Onkels vom Land“ nach Leipzig locken wird.

Damit aber auch sozusagen „seriöse“ Dinge anfänglich der Leipziger Woche geboten werden (des äußeren Renommées wegen), wird die Stadtbibliothek eine Ausstellung kostbarer Bucheinbände veranstalten und der Kunstverein ein eröffnet in dieser Zeit am Augustusplatz eine Ausstellung „Das Tier in der bildenden Kunst“. Zum Ausgleich für diese erste Kunst wird sich — auch im Rahmen der Leipziger Woche — in Connemach eine Junggeflügelchau etablieren, auf daß auch die Natur so zu ihrem Rechte gelange.

Die Leipziger Woche wird am Sonnabend, dem 27. Oktober, um 12 Uhr durch eine im Festsaal des neuen Rathauses stattfindende Feier, bei der der Oberbürgermeister die Festrede hält, eröffnet. Die Eröffnungsveranstaltung wird durch den mitteldeutschen Sender übertragen. Wie wir erfahren, wird ganz bestimmt der Oberbürgermeister Rathe, nicht der kommunistische Abgeordnete Schulz, Neukölln, die Rede halten. Dr. Rathe plagt sich schon seit einiger Zeit damit, wie er den Götzen die Schrednisse der roten Stadtverordnetenmehrheit und die Gefahren eines marxistischen Rates für die Verkehrswerbung demonstrieren soll. Es wird aber schon klappen.

Nachmittags um fünfzehn Uhr wird Don Juan unter Brecher ausgeführt und abends werden an diesem Tage — wie auch im ganzen Verlaufe der Leipziger Woche — durch erwerbslose Musiker und Militärmusikanten zahlreiche Plakonzerte ausgeführt, die auch einen großen Teil der Vororte in den Bereich der Leipziger Woche ziehen. Es findet dann auch am Abend ein Lichtfests der Geschäftswagen statt, für den die Verkehrswoche Leipzig die Organisation übernommen hat. Für ihn ist eine solche stattliche Zahl von Meldungen eingegangen, daß er geteilt werden muß und ein Teil des Lichtfestes erst am Sonntag durchgeführt wird.

Am Sonntag soll eine Reihe von geselligen Darbietungen stattfinden. Auch ein Sinfoniekonzert des ABZ im Krystall-Palast wird in den Dienst der Leipziger Woche gestellt. Eine Sternfahrt der Privatautomobile ist außerdem für den Abend angelegt. Am Sonntag wird wohl die Hauptattraktion in einer Flugveranstaltung gesehen werden, an der der spanische Schraubensieger der wesentlichen Anziehungskraft sein wird. Montag findet eine Festaufführung von Satala und am Neßplatz ein Höhenfeuerwerk statt — für die einen und die anderen. Dienstag hat die Witz einen Leipziger Abend angelegt, an der Leipziger Schriftsteller und Dichter aus ihren Werken vorlesen werden. Mittwoch findet eine fulminante Priestschauschau statt, bei der viele tausende Priester in die Rüste steigen werden. Abends ist im Zoo ein Fest: „Das lebende Schaufenster“, mit der Prämierung des Schaufensterwettbewerbes verbunden. Am Donnerstag, dem letzten Tag der Leipziger Woche, findet als Abschluß um 18 Uhr eine große Uebung der Leipziger Feuerweh in der Schule in der Elßner Straße statt. Sie wird zweifelsohne für die Leipziger Bevölkerung und insbesondere die Schuljugend eine große Anziehungskraft besitzen, soll doch die Feuerweh in ihrer ganzen „Kampfstärke“ aufgedoten werden.

Das Programm der Leipziger Woche ist also nicht klein. Es wird glücken, wenn der Verkehrsverein Leipzig auch noch mit dem Wettergott zu einem günstigen Abhluß gelangen kann! Ob aber diese Veranstaltung, deren Kosten sicher nicht klein sind, sich rentieren wird, ist auch noch nicht vollkommen geklärt. In einer Zeit des Absinkens der Konjunktur und der sinkenden Massentaft spielen guter Wille und die gelungensten Veranstaltungen eine untergeordnete Rolle gegenüber den großen wirtschaftlichen Problemen.

# Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Alt-Leipzig-Norden. Morgen Mittwoch: Funktionärversammlung im „Appelboom“. Erscheinen aller Funktionäre ist notwendig.

Frauen.

Mädern. Mittwoch, 10. Oktober, 20 Uhr, im Heim, Wolfstraße. Vortrag des Genossen Dr. Solowitsch über Gesundheitspflege der Frau. Gohlis und Wahren sind eingeladen.

Flagwig-Lindenau-Schleußig. Donnerstag, 11. Oktober, 16 Uhr, beschäftigen wir die Laubstummennist in der Karl-Siegismund-Straße an der Deutschen Bäckerei. Genossinnen! Ihr müßt pünktlich zur Stelle sein. Die Genossinnen von Lindenau treffen sich 15 Uhr auf dem Lindenauer Markt. Beteiligt euch recht zahlreich!

Mitkomitee.

Donnerstag, 11. Oktober, 17.30 Uhr, im Volkshaus, Raetelstraße: Probenführung von Filmen, anschließend Sitzung im Bureau des Holzarbeiterverbandes.

Rednervereinigung.

Montag, 22. Oktober, 20 Uhr, spricht im Volkshaus Genosse Engelbert Graf über: Militarismus und Sozialdemokratie (Stellungnahme zum Wahlproblem.) Wir erwarten zahlreiches Erscheinen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Elternabstimmung am 14. Oktober in Wurzen.

Die Kinderfreundegruppen werden gleichfalls ersucht, Teilnehmerzahlen zu melden. Die Fahrkarten können bereits heute abend im Sekretariat entnommen werden. Geschäftsstunde heute bereits von 17 bis 19.30 Uhr.

Jungsozialisten.

Die Oktoberblätter sind beim neuen Kassierer: Herbert Pünke, Leipzig C 1, Hohe Straße 41, S. I bei Köhler, möglichst noch im Laufe dieser Woche von 18 bis 19.30 Uhr abzuholen.

Eintrich. Mittwoch, 20. Oktober, im Gohliser Heim. Arbeitsgemeinschaft mit Genossen Schaller, Der Weg zur Macht: Rosa Luxemburg.

Gohlis. Mittwoch, 10. Oktober, fällt der Vortrag des Genossen Ernst Reinhardt (Wern) aus. Dafür 20 Uhr im Heim Vortrag: „Die Volksgemeinschaft als soziale Reaktion“. Gäste willkommen.

Mosau. Heute 20 Uhr im Rathaus.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Zur Fahrt nach Wurzen am Sonntag müssen die Meldungen und Fahrgeld bis morgen, Mittwoch, im Sekretariat erfolgt sein. Gohlis. Unsere Gruppenzusammenkünfte sind jetzt folgende: Dienstags: Heria; Mittwochs: Willi, Hanni, Lotte; Donnerstags: Martel; Freitags: Eichtag; Sonnabends: Hanni. Sie beginnen 17 Uhr und enden 19 Uhr. Musik: Donnerstags von 18-19.30 Uhr; Anfänger: Dienstags von 16 bis 18 Uhr. Holzblätter: Sonnabends von 17-18.30 Uhr. Helfershilfe: Donnerstags von 20-22 Uhr. Obsteufahrt: Montags von 17.30-19 Uhr (täglich).

Alt-Leipzig (Süd). Sonntag, den 14. Oktober, geht es nach Wurzen. Anmeldungen Mittwoch letzter Tag bei Gen. Ratwig, Kochstraße 25. — Donnerstag kommen alle Erntegüterfahrer (Kaufschonmühle) zur letzten Unternehmung. Treffen um 17 Uhr am Volkshaus, aber 17.30 Uhr, Universitätsstraße.

Flagwig-Lindenau-Schleußig. Die Gruppe der Kleinen von Lindenau spielen wieder in der 42. Volksschule Mittwochs und Freitags von 16-18 Uhr.

Schloßbezirk. Morgen Mittwoch, 20. Oktober, in der Thonberger Bibliothek. Helfershilfe, Lieberbücher und Instrumente mitbringen. Eintrich. Mittwoch, den 10. Oktober, 17 Uhr, kommen alle Kinder ins Heim, Blumenstraße. Wichtige Besprechung.

Oktober-Sprechchor.

Der Sprechchor des AWJ trifft sich morgen Mittwoch, 19.30 Uhr, zur Probe für die Oktoberfeier in der Poststraße 4. Die Mitglieder, die sich an der Novemberausführung beteiligen wollen, kommen nachher ins Volkshaus, Garderobe. — Freitagabend nach der Probe Versammlung im Volkshaus, Zimmer 1.

November-Sprechchor.

Die Jugendgruppen, die an den Feiern am 9. November mitwirken, treffen sich Mittwochabend 20.30 Uhr im Volkshaus, Garderobe, Haupteingang. Partei-, Gewerkschafts- und Turngenossen, die sich für die November-Sprechchor zur Verfügung stellen wollen, werden ebenfalls dorthin gebeten. Wir brauchen viele Helfer. Das Mitkomitee.

Mitglieder-Vorstellungen.

Alt-Leipzig (Osten). Morgen Mittwoch, 10. Oktober: Mitgliederversammlung, Posthörnchen, Querstraße 8. 1. Vortrag über: „Wirtschaftsdemokratie“ vom Genossen Fritz Heller. 2. Parteiangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Markranstädt. Freitag, 12. Oktober, 20 Uhr, läuft im Volkshaus der Großfilm Potemkin ungefürt.

# Anfälle in Leipzig

Zirkusleute von einem Auto angefahren. Heute früh gegen 3 1/2 Uhr wurden am Meßplatz gegenüber der Ortsrentenkasse zwei Angefallene des Zirkus Krone von einem Privatauto angefahren. Während der eine mit Hautabstürzungen davonkam, erhielt der andere eine fast blutende Wunde am Hinterkopf und anscheinend auch einen Beinbruch. Er wurde mit dem Sanitätswagen nach dem Krankenhaus gebracht. Das Auto war, ohne sich um die Verletzten zu kümmern, in Richtung Leutzsch davongefahren.

Von einer Leiter gestürzt ist gestern vormittag gegen 7.30 Uhr ein 49jähriger Maler im Elektrizitätswerk an der Eutricher Straße. Er erlitt Rückenverletzungen und Verstauchungen des rechten Armes und rechten Beins. Er wurde nach dem Diakonissenhaus gebracht.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern abend zwischen einem Personenauto und einem Motorrad an der Ecke Bornaische und Blasbalgstraße. Der Motorradfahrer wurde vom Rad beschleudert und erlitt Querschnittsverletzungen. Sein Besatzter zog sich Rippenverletzungen und einen Schlüsselbeinbruch zu. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt.

Öffentliche Sitzung der Stadtoverordneten, Mittwoch, 10. Oktober, 18 Uhr. Tagesordnung: Einheitsfürsorge usw., Mißstände im Kindergarten und Tagesheim an der Oststraße, Siedlungsangelegenheiten, Wohnungsangelegenheiten, Angebote auf den Bau von Wohnungen (Punkt 1), Verteilung der Mittel aus der Aufwertungssteuer 1929, Erdbauaus für Gelände südlich Marienbrunn, Ortsgebiet über die Wege des Stadtbildes, Bebauung von Leipziger Probstei, Leipziger-Wahren-Nordost und Leipziger-Mädern-Nord usw., Entschädigung von Gelände zur Diekmannstraße, Instandsetzung des Grundstücks Inlestraße 17, Übernahme des Ritterguts Gräßdorf in Eigenbesitz (Einspruch), Bau von Brücken über das neue Esterluthel im Zuge Jahnstraße/Kaiserin-Augusta-Straße, Neubau der Schule für die Menerischen Häuser in Leipzig-Kleinbühler (Schadenersatzforderungen), Abrechnung der Ausstellung „Europäisches Kunstgewerbe“, Vortrag zur Künstlerhilfe, Schulgeld, Förderung sonderbegabter Schüler, 15. Volksschule (Schulhauke), 24. Volksschule (Turnunterricht), Beschwerden gegen die Wahl eines Mitglieds in den Verwaltungsrat für die technischen Werke, Wahl eines Mitglieds in den Bauausschuß, Wahl von Sachverständigen für Entlohnungen und von Vertrauenspersonen in den Ausschuß zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen.

Neißeverkauf an den Freibänken. Morgen Mittwoch, den 10. Oktober, an der Freibank I Nr. 3651 bis 5000 und Nr. 1 bis 1150; an der Freibank II Nr. 3851 bis 4250 und Nr. 1 bis 1150. Von 10 Uhr an freier Verkauf.

# Der Winter-Prozess

## Beginn der Zeugenvernehmung

### Winters Kohl

Die Verhandlung am Montag begann mit der Zeugenvernehmung, die einige Tage in Anspruch nehmen wird. Als erster Zeuge wurde der Kaufmann Rudolf Kühn aus Leipzig vernommen. Kühn ist mit Winter im Jahre 1925 befreundet worden. Damals kaufte er von Winter die Broschüre „Aufwertung zu 100 Prozent“ in einer Auflage von 20 000 Stück zu 2000 Mk. Diese Auflage verkaufte Kühn an den Dortmunder Reichsbankläubiger-Berband weiter. Später ist er dann Geschäftsführer des Dortmunder Verbandes geworden.

Der Zeuge erzählte: „Ich habe Winter das erstmal 1925 in einer Versammlung in Leipzig kennengelernt, wo er als Diskussionsredner auftrat. Dann hat Winter auf meine Aufforderung hin nochmals einen Vortrag gehalten und ist dann schließlich vom Dortmunder Verband als Redner verpflichtet worden. Nach der Spaltung dieses Verbandes war Winter für den Leipziger Verband als Redner tätig und bereitete Mittel- und Norddeutschland. Eine führende Rolle hat Winter nie gespielt. Die Reden sind alle mit dem Ziel gehalten worden: „Aufwertung zu 100 Prozent.“

Winter hat für jede Versammlung erst 50 Mk., dann 10 Prozent der Bruttoeinnahme erhalten. Als Kostenzuschuß für Winters Prozeß vor dem Reichsgericht hat Winter vom Leipziger Verband 4000 Mk. und vom Dortmunder Verband 1000 Mk. erhalten.

Wingfling 1926 erklärte mir Winter in Köln, er wolle gegen die Klageabweisung eine Restitutionsklage einreichen. Daraufhin habe ich mich mit bekannten Juristen in Verbindung gesetzt und bin durch deren Erklärungen schlüssig geworden, daß diese Klage nicht durchführbar sei. Ich habe deswegen meine Ansicht Winter mitgeteilt. Winter hat mich zu überreden versucht; ich habe mich jedoch von Winter zurückgezogen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Klagen über Winters Vortrag eingegangen seien, erklärte Zeuge, es seien ihm Klagen zu Ohren gekommen, daß Winter in seinen Vorträgen zu weitgehende Versprechungen mache. Er habe deswegen Winter zur Rede gestellt, doch Winter habe ihm gesagt, er stehe jederzeit zu seinem Vortrag, denn er stehe kurz vor dem Abschluß und verhandle mit dem Ministerium.

Vorsitzender: Glauben Sie, daß Winter die Uebersetzung hatte, daß die Aufwertung erfolgen wird?

Zeuge Kühn: Die Uebersetzung hatten wir damals alle! Darauf erzählt der Zeuge weiter: Nachdem ich zu der Uebersetzung gekommen war, daß die Aufwertung ausfallslos ist, habe ich mich zurückgezogen. Winter hat jedoch behauptet, daß er durch seinen Prozeß zum Ziele kommen werde!

Run wird der 30 Jahre alte Kaufmann Otto Behrens aus Wilhelmshaven vernommen.

Behrens hat Winter im Jahre 1926 anfänglich eines Vortrages von Winter in Elberfeld kennengelernt. In dieser Versammlung habe er in der Diskussion gegen Winter gesprochen, jedoch nach der Versammlung den Angeklagten gefragt, ob er nicht aktiv in der Bewegung tätig sein könne. Vom 1. November 1926 bis Januar 1927 sei er dann von Winter als Redner angeeilt worden. Für jeden Vortrag habe er 35 Mark und freie Reise erhalten. Im ganzen habe er 45 bis 50 Vorträge für Winter gehalten. Aus Uebersetzung habe er sich der Winterbewegung angeschlossen und er habe sich deswegen mit dem Elterhaus vertrahet. Oftmals sei es zu Streitigkeiten zwischen ihm und dem Personal lawie Winters Sohn gekommen.

Im Januar 1927 habe der Zeuge die Uebersetzung verloren. Er habe die Aufwertungsfrage des Winter zum guten Ende führe. Er

habe Winter erklärt, daß er unter diesen Umständen nicht mehr für Winter arbeiten könne, und er sei dann schließlich entlassen worden. Monatelang habe der Zeuge in Elm wegen seiner Vorträge unter der Anklage des Betruges gestanden. Das Strafverfahren sei erst im Juni dieses Jahres niedergeschlagen worden.

Winter: „Haben Sie jemals die Auffassung gehabt, daß ich meine Anhänger betrüge?“

Zeuge Behrens: „Jawohl!“

Der nächste Zeuge, Filmregisseur Solfbring, war vom August 1925 an als Versammlungsleiter für Winter tätig. Er bezeichnete Winter als einen Wichtigtuere und Schwätzer. Ihm gegenüber habe Winter erklärt, daß er vermute, seine Schreiben kämen nie an die richtige Stelle der Reichsbank. Daß Winter keine Anhänger betrogen haben könne, glaube er nicht. Dabei kam auch zur Sprache, daß Winter bei seinen Vorträgen die Brust voll Orden getragen habe.

Auf Frage des Vorsitzenden erklärte Winter, daß es keine Orden, sondern Ehrenzeichen seien. Im ganzen hat Winter zwölf solche Ehrenzeichen privater Natur, die alle von nationalsozialistischen Klubs und Vereinen stammen.

Nach der Bereidigung der Zeugen Kühn und Solfbring, der Zeuge Behrens wurde nicht vereidigt, wurde eine Mittagspause eingelegt.

Nach dieser Pause wurde zunächst die Zeugin Anna Siegel, eine Nichte Winters, vernommen. Sie war bei Winter von August 1926 bis Dezember 1927 als Kontoristin tätig. Sie hat dort alle vorkommenden Arbeiten erledigt. Die Kasse habe Frau Winter geführt, deswegen könne sie auch keine Aussagen über die Eingänge zum „Kampffonds“ machen. Vollständige Durchsuchungen haben in den Büroräumen verschiedene Male stattgefunden. Einmal habe sie vor einer dazugehörigen Durchsuchung eine Tasche mit Geld zu Frau Winters Mutter schaffen müssen, die sie aber sofort nach der Durchsuchung wiedergeholt habe.

Dann wurden noch einige Zeugen, Angestellte Winters, vernommen, die aber nicht viel Neues auszusagen konnten. Von Interesse war nur,

daß das Bankkonto auf Frau Winters Namen lautete, und daß etwa 150 000 Anhänger-Karten da waren.

Winter erklärte dann noch, daß er sich moralisch nicht als Eigentümer seines Vermögens betrachte, sondern er sei nur Treuhänder dieses Kampffonds.

Nachdem der Staatsanwalt noch die Ladung einiger Zeugen beantragt hatte, wurde die Verhandlung auf Dienstag 9 Uhr vertagt. Die nächsten Tage werden wohl ausschließlich der Zeugenvernehmung gewidmet sein.

Während der Verhandlung hatte Winter dem Gericht einige Photographien vorgelegt. Es waren dies Bilder von seinem landwirtschaftlichen Betrieb in Nordholz bei Lehe, wo er sich, auch im Interesse seiner Bewegung, der Landwirtschaft widmet. Dort habe er, auf Grund eines Patentverfahrens mit Erdmagnetismus, in sieben Wochen, ohne Düngung, Kartoffeln gezogen, wozu man gewöhnlich fünf Monate zum Anbau brauche. Außerdem habe er in kurzer Zeit eine gewaltige Ernte von Tomaten gehabt, und auch die Sojabohne, die in Europa bis jetzt noch nicht vorkommt, gezogen. Das schönste Bild war aber die Aufnahme eines Kohlfeldes. Die Kohlstauden darauf waren mannshoch mit großen Blättern, die er auch mit Hilfe des Erdmagnetismus gezogen haben will. Ehe Winter diesen Beweis während der Dauer der Verhandlungen und auch an seine Anhänger abgelassen hat, kann noch eine Zeit vergehen. Man kann sich also noch auf manchen Kohl setzen machen.

# Umgangsmannieren bei Turner & Co.

## „Sie Ohle!“ — „Sie faules Schwein!“

ag Eine über Unternehmer„manieren“ ausgiebig informierende Klage wurde dieser Tage vor dem Deutschen Holzarbeiter-Verband gegen die Möbelfabrik Turner & Co. durchgeführt. Der von der Gewerkschaft vertretene Kläger war bei der beklagten Firma als Maschinenarbeiter tätig und wurde am 5. September wegen angeblicher Arbeitsverweigerung entlassen. Auf wegen angeblicher Arbeitsverweigerung entlassen. Auf wegen angeblicher Arbeitsverweigerung entlassen. Auf wegen angeblicher Arbeitsverweigerung entlassen.

Am 5. September kam Graul, der neue Betriebsleiter der Firma, etwa fünf Minuten vor halb neun Uhr zu dem Kläger und fragte ihn barsch: „Was machen Sie denn eigentlich?“ — „Die Leisten.“ — Darauf meinte Graul: „Machen Sie dann die Rahmen.“ Der Kläger äußerte seine Zustimmung und der Betriebsleiter entfernte sich. Nun hatte der Kläger aber gerade vierundzwanzig schmale und zwölf breite Leisten in Arbeit. Ihre Fertigstellung dauerte noch ungefähr zwanzig Minuten, dann nahm er die Arbeit an den Rahmen in Angriff. Diese Verzögerung, die im Interesse einer rationelleren Betriebswirtschaft notwendig war, nahm die Firma zum Vorwand, den Kläger wegen — Arbeitsverweigerung zu entlassen. Das alles erfolgte wegen eines nichtigen Anlasses gegen einen verheirateten Mann, der drei schulpflichtige Kinder zu ernähren hat!

Der Arbeiterrat erhob gegen die Entlassung Einspruch und so gelangte die Angelegenheit vor das Arbeitsgericht. Bei der Verhandlung dachte Genosse Brache merkwürdige Manieren des Betriebsleiter-Züglings auf. Es stellte sich heraus, daß dieser den Kläger einen Tag vor seiner Entlassung wegen eines nichtigen Anlasses in unerhörter Weise beschimpft und angepöbelte hatte. Als er den Kläger zum Schluß als „Ohle“ und „faules Schwein“ beschimpfte, verbat er dieser sich energisch. Daraufhin brüllte Feld Graul: „Ich nehme ein Kaltenstüd und schlage Sie über den Kopf, daß Sie herumtugeln, Sie faules Schwein!“

Im Termin mußte dieses seine Herrchen zugeben, diese unverschämten Verurteilungen getan zu haben. Er sowie auch der vor Gericht keine sehr erfreuliche Rolle spielende Betriebsratsvorsitzende konnten aber den klaren Tatbestand nicht verwinden und verweisen. Auch der bide Gerkenberger (als Vertreter der Arbeitgeberorganisation) konnte trotz seines heftigen Stimmaufwandes und damit verbundenen wasserfallartigen Geplätschers den wahren Sachverhalt nicht umbiegen. Amüßant war vor allem, wenn Gerkenberger seine juristischen Kenntnisse durch die bei ihm auch sonst übliche Paragrafenschwandronei beweisen wollte. Kennzeichnend und in ihrer Naivität höchst ist eine in einem seiner Schriftsätze erfolgte „Beweisführung“: „Wenn ein Arbeitnehmer sich den Anweisungen der Betriebsleitung widersetzt, mag es vorläufig oder fahrlässig sein, so ist er, milde gesagt, eben für einen Betrieb, der darauf besteht, daß die eingegangenen Verpflichtungen gehalten werden, nicht geeignet.“ Zu diesem hohen geistigen Niveau kann man eben auch nur sagen: Milde gesagt — Marke Gerkenberger!

In der Sache selbst verkündete die Kammer unter Vorsitz von Arbeitsgerichtsrat Dr. Schmidt nach kurzer Beratung, daß die Firma Turner & Co. kostenpflichtig verurteilt wird, den Kläger weiterzubehalten und ihm den entgangenen Arbeitslohn bis zu seiner Weiterbeschäftigung zu zahlen hat. Für den

Fall, daß die Wiedereinstellung nicht erfolgt, wurde dem Kläger eine Entschädigungssumme zugesprochen.

Soweit ist die Angelegenheit mit der beklagten Firma erledigt, bleibt noch die Angelegenheit des Betriebsleiters Graul übrig. Wir vertreten hier den Standpunkt, daß der bedröhte Herr nicht so ohne weiteres Familienväter und ehrlich arbeitende Menschen beschimpfen und schwer beleidigen darf und glauben, daß auch seine Bedrohung gegenüber dem Kläger nicht ungeahnt bleiben darf. Da all diese Vorfälle durch Zeugen bewiesen sind, würden wir es für das richtigste halten, wenn der Maschinenarbeiter bzw. der Deutsche Holzarbeiter-Verband die Sache nicht auf sich beruhen ließe, sondern in dieser Angelegenheit jetzt vor das ordentliche Gericht gehen würde.

# Für Sonntagsruhe und 6-Uhr-Abendschluf

Der Zentralverband der Angestellten, veranstaltet am Mittwoch, den 10. Oktober, 20 Uhr, im großen Saale des Volkshauses, eine öffentliche Angestelltenkundgebung. Das Mitglied des Verbandes des JdV, Genosse Fritz Schröder-Berlin, spricht in der Versammlung über das Thema „6-Uhr-Abendschluf, Sonntagsruhe, Arbeitsbereitschaft und Wohnende“. Die Versammlung soll in erster Linie dazu dienen, Protest zu erheben gegen die allenthalben auftretenden reaktionären Bestrebungen zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten, vor allem im Einzelhandel. Darüber hinaus soll die Kundgebung die fortschrittlichen Forderungen der Angestellten für eine Ausgestaltung ihres Arbeitsrechtes abstecken.

Wer die unablässige Ministerarbeit der Unternehmer gegen die Verbesserungen kennt, die die Revolution für die Arbeitsverhältnisse der Angestellten gebracht hat, der weiß, daß gegen diese Reaktion die Angestellten allenthalben sich zu machtvollstem Protest erheben müssen. Jeder Angestellte mußte auch darüber sich klar sein, daß die gegenwärtig bestehenden Arbeitsverhältnisse sehr viel zu wünschenswert sind und einer Verbesserung dringend bedürfen. Fritz Schröder, der ein ausgezeichnete Kenner dieser Verhältnisse und gleichzeitig ein vorzüglicher Redner ist, wird allen Angestellten Wichtiges zu sagen haben. Vor allem die Angestellten des Einzelhandels sollten deshalb so zahlreich die Kundgebung besuchen, daß diese eine wichtige Veranstaltung wird und dadurch zu einem Mittel, die Forderungen der Angestelltenchaft wirksam zu unterstützen.

# Berichtungs-Kalender

Dienstag, den 9. Oktober.

Neue Feuerbestattungsstelle organisierter Freibender, Bezirk Leipzig Delegierter-Versammlung, Volkshaus, 20 Uhr. Steinträger, Volkshaus, 17.30 Uhr. Diensterheilerarbeiten, Volkshaus, 17.30 Uhr.

# Volkshaus Leipzig

sozialgerichtliche. Heute Ungarischer Gulisch mit Knödeln 1.10. Obnusslein mit Reis und Spargel 1.30. Schweinekotelett mit Rotkohl 1.50 — Moroen: Spiegelspiegler mit Spinat 85. Gedämpfte Kalbsbrust mit Spinat 1.00 — Schlachtfest.





### Agrarische Nächstenliebe

Alles für sich, für andere nichts! Das ist, in Anlehnung an ein menschenfreundliches Volkswort, agrarische Devise. So sehr wie man über eigene wirkliche und gedachte Not schreiben kann und von den andern, auch vom Kernsten, durch Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte, und vom Staat außerdem durch finanzielle Unterstützung und größtmögliche Schonung, Hilfe erwartet und fordert und verlangt, so wenig ist man geneigt, auch nur Brosamen vom gedeckten Tisch abzugeben, wenn man selbst im vollen ist. Daran, daß man „Schuldner ist, der Armen, die nichts haben und deren Recht gleich ihrem ist an allen Erdengaben“, wie der Dichter sagt, denkt man nicht im geringsten. Im Gegenteil, man macht ihnen auch noch die arbeitslosen Prosamen streifen, die sich die Armen mit Mühe und Not zusammenklauben.

Eine Bestätigung dieser Gesinnungs- und Handlungsweise liefert folgende Anzeige in großer Schrift, auf die drei Hände noch besonders hinweisen: „Kartoffelstoppeln verbieten. Rittergut Seelingstädt.“

Man läßt sich's also gar noch das Geld für eine Anzeige kosten, damit ja niemand in Besitz der paar liegendebliebenen Kartoffeln kommt.

Nicht wahr, echt christliche Nächstenliebe? Und im christlichen Frauenverein wird dann in Verein mit der Frau Pastor und anderen die Besitzersfrau wieder von — Nächstenliebe reden!

Civis.

### Zöblich überfahren

Auf der Koburger Staatsstraße zwischen Zöbiger und Gaußsch verunglückte der in Gaußsch wohnhafte Angestellte R. K. mit dem Motorrad zwischen einem Fuhrwerk und einem Kraftwagenzug durchzukommen. R. kollidierte dabei mit dem Fuhrwerk, kam zu Fall und wurde von dem Anhänger des Lastwagens über den Kopf gefahren, der vollständig zermalmt wurde. R. K., der im 22. Lebensjahre steht, wurde tot aufgehoben.

Deßau-Martleeberg. Sparfassenverkehr. Bei der hiesigen Gemeindeparkasse wurden im Monat September in 797 Posten 97 318 Mark Einlagen bewirkt. Rückzahlungen erfolgten in 194 Posten 48 132 Mark. Neue Bücher wurden 86 ausgefertigt. Bestand des Einlageguthabens am Monatsende 2 070 958 Mark.

Zwenkau. Ein zweimal kassierter Freispruch des hiesigen Amtsgerichts. Der Arzt Dr. Wötter aus Eithra war am 6. September 1927 in der zehnten Stunde, als er mit seinem Personkraftwagen durch die Bahnhof- und Bauhofstraße in Eithra fuhr, mit einem entgegenkommenden Motorradfahrer zusammengestoßen. Die Schuld wurde dem Arzt beigemessen, weshalb gegen ihn wegen Uebertretung der Kraftverkehrsbestimmungen eine Strafverfügung erlassen wurde. Auf seinen Einspruch erkannte das Amtsgericht Zwenkau auf Freispruch, doch wurde das Urteil vom Oberlandesgericht Dresden aufgehoben, weil die Bedeutung des § 210 verkannt worden sei. Nach erneuter Verhandlung kam das Amtsgericht abermals zu einem Freispruch. Trotz Nichteräumung des Vorfahrtsrechts an den Motorradfahrer hätte der Angeklagte mit einem Zusammenstoß nicht rechnen können. Der Zeuge habe die Kurve links geschnitten und sei direkt auf den Wagen des Angeklagten zugefahren. Der Angeklagte hätte mit einem derart pflichtwidrigen Verhalten des Motorradfahrers nicht rechnen können, er selbst sei langsam gefahren und habe auch Warnungssignale gegeben. Das Oberlandesgericht hat auch diesen Freispruch aufgehoben. Der Amtsrichter in Zwenkau habe sich nicht an die Richtlinien des Oberlandesgerichts gehalten. Der Freispruch sei rechtlich nicht haltbar. Der Angeklagte habe das Vorfahrtsrecht des andern nicht beachtet. Wenn er das getan hätte, wäre der Unfall wahrscheinlich nicht passiert. Da der Amtsrichter offenbar nicht imstande sei, sich an der Direktive des Oberlandesgerichts zu halten, sei jetzt die Sache einem andern Gericht (Amtsgericht Leipzig) überwiesen worden.

Eilenburg. Mitgliederversammlung der SPD. Genosse Frankel, Torgau, wartete mit einem sehr gut aufgebauten Referat über „Von Versailles bis Gen“ auf. Am 14. Oktober sollte nach einem Schreiben des Kreisvorstandes eine Kreisversammlung in Delitzsch stattfinden. Nach längerer Debatte gelangt ein Antrag zur Annahme, daß durch Verschlebung der Kommunalwahlen die Kreisversammlung weggelassen soll und dafür in nächster Zeit eine Unterbezirkskonferenz einzuberufen sei. Der Vorsitzende wies weiter auf die Kundgebung am 20. Oktober hin, welche anlässlich der 30jährigen Wiederkehr des Inkrafttretens des Sozialengesetzes stattfinden. Als Referent ist der Gen. Herz, Berlin, gewonnen worden. Diese Kundgebung wird künstlerisch ausgestaltet. Eine Anfrage eines Parteigenossen, ob man nichts unternehme, um gegen die Einziehung des Panzerkreuzer-Volksbegehrens Aufklärung zu schaffen, wurde mit dem Hinweis auf die Richtlinien und den Aufruf des Parteivorstandes beantwortet.

### Raubüberfall

SPD Darmstadt, 8. Oktober.

Ein schwerer Raubüberfall wurde am Montagmorgen zwischen 1 und 2 Uhr auf den Haus- und Vermögensverwalter des ehemaligen Großherzogs von Hessen, den Grafen Hardenberg, in seiner Wohnung im Neuen Palais in Darmstadt verübt. Hardenberg hatte sich bis spät in die Nacht im Hotel „Zur Traube“ mit mehreren Bekannten aufgehalten. Bei seiner Rückkehr fand er die Wohnung ordnungsgemäß verschlossen. Als er in seinem Schlafzimmer das Licht einschalten wollte, erhielt er zwei wuchtige Schläge auf den Kopf. Er geriet mit seinen Angreifern, ohne sie in der Dunkelheit zu erkennen, in ein Handgemenge, in dessen Verlauf er blutüberströmt zusammenbrach. Die Räuber nahmen ihrem am Boden liegenden Opfer die Brieftasche mit 90 Mk Bargeld ab, bemächtigten sich des Schlüsselbundes des Grafen und öffneten den Kassenschrank, ohne jedoch etwas zu rauben. Dann verschwand sie. Hardenberg schleppte sich trotz seiner schweren Verletzungen zum Polizeiamt, wo er den Vorfall berichtete. Es handelt sich vermutlich um zwei Verbrecher, die sich nach den Feststellungen der Polizei schon in den frühen Abendstunden in die Wohnung Hardenbergs eingeschlichen und dort auf seine Rückkehr gewartet hatten.

Wie das „Tempo“ zu dem Ueberfall auf Graf Hardenberg, den Bevollmächtigten des ehemaligen regierenden Großherzogs von Hessen, meldet, soll im Zusammenhang mit dem Prozeß um die angebliche Varentochter Anastasia der Herzog von Leuchtenberg behauptet haben, daß Graf Hardenberg im Auftrage des Großherzogs die Summen zur Verfügung gestellt habe, die zur Entlassung der Anastasia dienen sollten. Graf Hardenberg sei von den zur Partei der Anastasia gehörenden Anwälte scharf angegriffen und als die Seele des ganzen Feldzuges bezeichnet worden, der im Auftrage des ehemaligen Großherzogs gegen die Ehefrau der Anastasia geführt wurde.

## Sächsische Angelegenheiten

### Schweigegepflicht der Krankenkassen

Von Geschäftsführer Alfred Hertel, Freiberg.

Durch die Tagespresse macht ein Auszug aus dem Artikel „Vergeltliche Schweigegepflicht und Krankenkassen“ von Oberreichsanwalt a. D. Honorarprofessor Dr. Ebermayer-Leipzig die Runde, der geeignet ist, das Vertrauen der Versicherten zu ihren Krankenkassen zu erschüttern. Die Äußerungen des Professors Dr. Ebermayer sind im Auszug an sich nicht falsch wiedergegeben. Die Tendenz richtet sich aber einseitig gegen die Krankenkassen. Es wird der Eindruck erweckt, als ob für Versicherte, die sich in Behandlung eines Krankenzustandes befinden, der Schutz über die Schweigegepflicht wegfällt. In diesem Zusammenhang die Angelegenheit allein zu betrachten, ist nicht richtig, weil die Reichsversicherungsordnung sehr scharfe Bestimmungen enthält, die allen ehrenamtlich und amtlich in der Krankenversicherung Tätigen die Schweigegepflicht in schärfster Form auferlegt. § 141 der Reichsversicherungsordnung besagt:

„Wer unbefugt offenbart, was ihm in amtlicher Eigenschaft als Mitglied eines Organs oder Angestellten eines Versicherungsorgans, Mitglied oder Angestellter einer Versicherungsbehörde über Krankheiten oder andere Gebrechen Versicherte oder ihre Ursachen bekanntgeworden ist, wird mit Geldstrafe (3—10 000 Mark) oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Versicherten oder der Aufsichtsbehörde ein.“

Den Versicherten stehen andere Personen (Familienmitglieder, die auf Familienhilfe Anspruch haben, nichtversicherte Witwen, denen ein Heilverfahren gewährt wird usw.) gleich, sofern die Reichsversicherungsordnung Leistungen für sie vorsieht.“

Die Rechtsprechung zu dieser Bestimmung der Reichsversicherungsordnung zieht die Grenze noch enger, indem beispielsweise auch ein Kassenanwärter, der zur Unterstützung des Schriftführers zu Vorstandssitzungen der Krankenkasse zugezogen wird, ebenfalls der Schweigegepflicht aus § 141 RVO unterliegt. Es ist durch die

### Elternräte der SPD im Bezirk Leipzig

Sonntag, den 14. Oktober, 9 Uhr, im Turnerheim, Wutzsch.

Konferenz.

Tagesordnung: Die christlichen Argumente gegen die weltliche Schule. Eine Auseinandersetzung zwischen einem Vertreter der weltlichen und der christlichen Anschauung wird stattfinden.

Am Nachmittage (15 Uhr) findet ein Konzert des Liedersingers der SPD statt.

Reichsversicherungsordnung für die Versicherten also auch in bezug auf die Schweigegepflicht der weitestgehende Schutz vorgezogen. Außerdem betrachten es die Mitglieder der Organe der Krankenkassen und erst recht ihre Angestellten als eine der vornehmsten Pflichten, das Berufsgeheimnis ebenso zu wahren, wie es das deutsche Volk seitens der berufenen Ärzteschaft gewöhnt ist. In meiner mehr als 14jährigen Praxis ist mir bisher nur ein einziger Fall bekanntgeworden, in dem fahrlässigerweise das Berufsgeheimnis durch ein ehrenamtlich tätiges Vorstandsmittglied verletzt worden ist. Dieser Fall hat keine gerichtliche Abhandlung gefunden, habe ich im Urteil zum Ausdruck gekommen, daß die Verletzung des Berufsgeheimnisses in diesem Falle in fahrlässiger Form geschehen ist.

Die rein juristischen Ausführungen Professor Dr. Ebermayers waren zweifellos nicht für die breitere Öffentlichkeit bestimmt, trotzdem begrüße ich für meine Person, daß dieses wichtige Kapitel in der Öffentlichkeit erörtert wird, weil dadurch die Möglichkeit gegeben ist, breiteren Kreisen vom wirklichen Tatbestand Kenntnis zu geben. Aus der gutachtlichen Äußerung Professor Dr. Ebermayers verdient noch hervorgehoben zu werden, daß nur der approbierte Arzt und seine Gehilfen, sowie die Mitglieder der Organe der Versicherungsorgane und deren Angestellte zur Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichtet sind, nicht aber auch die nicht approbierten Heilbehandler. Nichtapprobierte Heilbehandler fallen nicht unter die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Schweigegepflicht.

Die Krankenkassen haben aber nicht nur die Schweigegepflicht über Krankheiten oder Gebrechen Versicherte zu wahren, sondern auch über die Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse der Arbeitgeber. Darüber besagt § 142 der Reichsversicherungsordnung:

„Mit Geldstrafe (3—10 000 Mark) oder mit Gefängnis werden bestraft die Organe und Angestellten der Versicherungsorgane, besonders Sachverständige, wenn sie unbefugt Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse offenbaren, die ihnen in amtlicher Eigenschaft bekanntgeworden sind.“

Tun sie es, um den Unternehmer zu schädigen oder sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen, so werden sie mit Gefängnis bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Geldstrafe erkannt werden.

Die Verfolgung tritt, wenn es sich nicht um eine Schädigung eines Unternehmers oder um die Verschaffung eines Vermögensvorteils handelt, nur auf Antrag des Unternehmers ein.“

Aus alledem ist zu ersehen, daß die berechtigten Interessen aller Beteiligten durch die gesetzlichen Bestimmungen gewahrt sind.

### Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Die saisonbedingte Auswärtsentwicklung der Verbrauchsgegenständeindustrie hat in der Berichtswache eine weitere Ausdehnung erfahren und die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkte vermindert. Auch der verhältnismäßig günstige Beschäftigungsgrad der Augenberufe, besonders des Baugewerbes, hat sich gehalten und die entlassenen Bauarbeiter fanden zum größten Teil durch starke Inanspruchnahme des zwischenzeitlichen Ausgleichs sofort anderweitig ein Unterkommen.

War bisher immer der Arbeitsmarkt der Frauen von dem stärkeren Zustrom an Arbeitssuchenden betroffen, so hat sich nun unter dem Einfluß des belebten Geschäftsganges der Industrien mit vorherrschend weiblichen Beschäftigten das Bild gewandelt und die Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden erhöhte sogar von Mitte August bis Mitte September einen Rückgang von 37 081 auf 36 292, also um 2,0 Prozent, während die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden von 55 928 auf 57 787, also um 3,2 Prozent, gestiegen ist. Ein langsamer Rückgang der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, wo die Kartoffelernte eine letzte größere Nachfrage bewirkte, aus der Industrie der Steine und Erden, dem Baugewerbe, wo die Bauten allmählich ihrer Vollendung entgegengehen, aus dem Gastwirtsberufe und auf der anderen Seite eine verstärkte Aufnahmefähigkeit des Bekleidungsberufes und der Textilindustrie kennzeichnen in großen Zügen die herrschende Entwicklungsrichtung. Daneben bewirkte der Einfluß des Weihnachtsgeschäftes eine geringe Belebung der Musikinstrumentenindustrie, des Vertriebsleistungsgewerbes und der Papierindustrie. Auch der Arbeitsmarkt der Kaufmännischen Angestellten erfährt in einzelnen Bezirken eine leichte Besserung. Schwierig ist noch immer die Lage im Bergbau, wo die offenen Stellen erneut stark geliegen sind. Selbst durch Zuweisung von Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet kann der Bedarf

nach Häuern und Förderleuten nicht annähernd befriedigt werden, allerdings im wesentlichen wegen Mangels an Unterbringungs-möglichkeiten.

### Schiebergeschäfte im Zittauer Stadtparlament

Ueber die Bezeichnung der 5. besetzten Stadtratsstelle kam es in der Sitzung der Stadtverordneten am Freitag zu stürmischen Auftritten wie sie im Zittauer Stadtverordnetenkollegium, noch nicht vorgekommen sind. Demokraten und Sozialdemokraten hatten einen Antrag unterbreitet, die 5. Stadtratsstelle zur Zeit nicht zu besetzen und die Entscheidung über die Zeit der Besetzung bis nach Beschlußfassung über die Reform des städtischen Verwaltungswesens zu vertagen. Der Oberbürgermeister hatte einen fünfseitigen Bericht abgefaßt, um die sofortige Besetzung der Stelle zu rechtfertigen. Im Laufe der Debatte stellte der sozialdemokratische Stadtverordnete, Genosse Schüring, an die Wirtschaftliche Vereinigung und die selbstbesetzten einige recht peinliche Anfragen über eine gemeinsame Sitzung, in der die Frage der Besetzung der Stadtratsstelle in Verbindung mit der Besetzung der Direktorenstelle im Rechnungsamt verknüpft wurde. Im Zusammenhang mit dieser Sitzung wurde der Direktor der Stadthauptkasse zum deutschen nationalen Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Müller in die Privatwohnung berufen, wo ihm gesagt wurde, daß er das Rechnungsamt übernehmen müsse. Dieser ungeheure Uebergriff des deutschen nationalen Vorstehers gab diesem Veranlassung, die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners als Lüge zu bezeichnen. Herr Rahl von der Rechten plauderte aber aus der Schule, indem er erklärte, man müsse sich nur wundern, wie die ganze Sache herausgekommen ist, nachdem er vorher ebenfalls davon sprach, das man nichts zu verheimlichen hätte. Und dann erklärte Dr. Kretschmar von den Festbesetzten ganz offen, daß in der erwähnten Sitzung über die Besetzung der 5. Stadtratsstelle und die Besetzung der Rechnungsstellen verhandelt worden sei. Als Schüring die demagogische und unerhörte Beschuldigung Dr. Müllers zurückwies, die Sozialdemokratie habe die Enthüllung nur vorgenommen, um Agitationsstoff für die Volkseizung zu haben, und feststellte, daß der Vorsteher in unerhörter Weise seine Befugnisse überschritten habe, brach auf den Bänken der Rechten ein Tumult aus, der in mühsam Loben ausartete. Die Enthüllung des Schiebergeschäfts zwischen der reaktionären Rechten und den Festbesetzten war den Heerischen sichtlich unangenehm.

### Schlimmes Ende eines Stiftungsfestes

K. Im Forsthaus zu Langenhennersdorf hatte die dortige Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrervereins ihr 20. Stiftungsfest gefeiert. Am Schlusse desselben ließen sich ein Arbeiter Krause aus Struppen und dessen Tochter im Auto des Kaufmanns Herrmann heimfahren, der selbst die Führung übernahm. Auf allgemeines Jureben beteiligten sich noch vier weitere Einwohner aus Langenhennersdorf. An einer Kurve unweit Riechschwitz überholte Herrmann ein mit 70 Kilometer Stundengeschwindigkeit fahrendes Auto und geriet dabei auf ein Feld. Dort blieb der Kraftwagen ungefähr 20 Meter vom Wege entfernt völlig zertrümmert liegen. Sämtliche Insassen wurden verwundet. Sie mußten durch die Rettungsgesellschaft Pirna nach dem dortigen Stadtkrankenhaus übergeführt werden. Bei keinem der Verunglückten besteht Lebensgefahr. Die polizeilichen Erörterungen zwecks Feststellung der Schuldfrage dauern noch an.

Dresden. Fingierter Mord. Im Illersdorfer Staatsforstrevier wurde von Spaziergängern ein 20 Jahre altes Mädchen bewußtlos aufgefunden. Man vermutete zunächst ein Verbrechen, da die Bewußtlose etwa 100 Meter vom Wege weg lag. Die Dresdener Mordkommission, die sofort in Tätigkeit trat, stellte fest, daß das Mädchen — eine aus der Landesanstalt Schmiednitz entlassene Insassin — die Tat sinitig hatte.

Eilenburg. Vor den Augen des Vaters überfahren. Das drei Jahre alte Söhnchen des Bahnmeisters Simon wurde von dem aus Plauen kommenden Mittagszug überfahren, etwa 60 Meter weit fortgeschleudert und sofort getötet. Der Vater, der als Schrankenwärter an der Unfallstelle beschäftigt ist, war Zeuge des grauenigen Todes seines Söhnchens.

Ringenthal. Kampf um den Bürgermeisterposten. Die Stadtverordneten hatten in einer nichtöffentlichen Sitzung auf Verlangen des Bürgermeisters Genossen Dr. Zimmermann über eine Wiederwahl zu entscheiden. Dabei entschieden 10 Stadtverordnete gegen 9 sozialdemokratische Stimmen, daß die Stelle neu ausgeschrieben ist.

Unser Genossen haben ein Volksbegehren auf Auflösung des Stadtverordnetenkollegiums eingeleitet. Das bereits weit über die erforderliche Stimmenzahl erhalten hat. Am 21. Oktober findet der Volksentscheid über die Auflösung statt.

Niederlehna. Todessturz auf dem Weg zur Arbeitsstätte. Ein Arbeiter, der auf seinem Rad nach seiner Arbeitsstätte fuhr, stieß einen Mitarbeiter um und stürzte dabei vom Rad. Der Verunglückte erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

... 3 gestrichene Esslöffel gemahlener Kathreiner reichen für 6 große Kaffeetassen!



Das Rfundpaket ergibt also mehr als 100 Tassen und — kostet 55 Pfg, also wirklich nicht zuviel für Kathreiner, der gut schmeckt und — so gesund für Sie ist! 7522 schriftliche Gutachten deutscher Ärzte empfehlen ihn!